

Bräuninger, Michael et al.

Research Report
Konjunktur 2008

HWWI Policy Report, No. 6

Provided in Cooperation with:
Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Bräuninger, Michael et al. (2007) : Konjunktur 2008, HWWI Policy Report, No. 6, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/46225>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Konjunktur 2008

Michael Bräuninger, Christiane Brück, Jörg Hinze, Norbert Kriedel,
Klaus Matthies, Alkis Otto, Henning Vöpel

HWWI Policy

Report Nr. 6
des

HWWI-Kompetenzbereiches
Wirtschaftliche Trends

HWWI Policy Report
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Str. 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4944 | ISSN (Internet) 1862-4952

Redaktion:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Michael Bräuninger (verantw.)
Silvia Stiller
Matthias Busse
Tanja El-Cherkeh

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Dezember 2007
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Reihe wird in Deutschland gedruckt.

Konjunktur 2008

Michael Bräuninger, Christiane Brück, Jörg Hinze, Norbert Kriedel,
Klaus Matthies, Alkis Otto, Henning Vöpel

Abgeschlossen am 14. Dezember 2007.

Wir danken unseren studentischen Mitarbeitern: Sandy Baake, Daniel Comtesse,
Ingo Fischer und Boris Jasinski.

Inhalts- verzeichnis

1	Leichte Abkühlung der Weltkonjunktur	5
1.1	Konjunktur in den USA geprägt durch Immobilienkrise	6
1.2	Zyklische Abschwächung in Japan	10
1.3	Anhaltend hohe konjunkturelle Dynamik in den Schwellenländern	12
1.4	Unterschiedliche Tendenzen an den Rohstoffmärkten	14
2	Die konjunkturelle Entwicklung in der Europäischen Union	17
2.1	Außenwirtschaftliche Einflüsse dämpfen Konjunktur im Euroraum	17
2.2	Die Entwicklung in den anderen EU-Ländern	19
3	Eintrübung der Konjunktur in Deutschland	20
3.1	Konjunktur in 2007 übertraf die Erwartungen	20
3.2	Gebremste Konjunktur im Jahr 2008	23
3.3	Perspektiven für das Jahr 2009	26
3.4	Arbeitsmarkterholung schreitet langsamer voran	27
3.5	Öffentliche Finanzen ausgeglichen	30
4	Wirtschaftspolitik	31
5	Anhang	33
6	Literatur	36

Abbildungs- verzeichnis

Abbildung 1	Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in den USA	7
Abbildung 2	Immobilienpreise in den USA	8
Abbildung 3	Konsum in den USA	8
Abbildung 4	Der Arbeitsmarkt in den USA	9
Abbildung 5	Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Japan	11
Abbildung 6	Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe	16
Abbildung 7	Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in der EWU	18
Abbildung 8	Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	21
Abbildung 9	Euro-Kurs und preisliche Wettbewerbsfähigkeit	22
Abbildung 10	Wichtige Aggregate der Verwendungsseite der VGR	26
Abbildung 11	Erwerbstätige und Arbeitslose	28
Abbildung 12	Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit	29

Tabellen- verzeichnis

Tabelle 1	Wachstumsraten der wichtigsten Volkswirtschaften	5
Tabelle 2	Eckdaten für Deutschland	25
Tabelle 3	Arbeitsmarktbilanz	29
Tabelle 4	Finanzwirtschaftliche Indikatoren	30
Tabelle 5	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	33

1 | Leichte Abkühlung der Weltkonjunktur

Im Jahr 2007 setzte die Weltwirtschaft ihre Expansion in leicht vermindertem Tempo fort. So wuchs die globale Produktion mit 3,7% nur geringfügig weniger als im Vorjahr. Mit – im Vergleich zu vergangenen Jahren – geringerem Wachstum in Amerika und höherem in Europa haben sich die Wachstumsdifferenzen zwischen den Industrieländern deutlich reduziert. Die Wachstumsraten in den Schwellenländern sind aber weiterhin deutlich höher als in den Industrieländern. Tabelle 1 gibt einen Überblick zu den Wachstumsraten der wichtigsten Volkswirtschaften und deren Bedeutung für die Weltwirtschaft.

Land	Gewicht ¹		Wachstumsrate		
	ppp	USD	2006	2007	2008
USA	19,66	27,31	2,9	2,2	2,4
Japan	6,30	9,04	2,2	1,9	1,6
Deutschland	3,86	6,04	2,9	2,5	1,7
China	15,08	5,47	11,1	11,5	10,0
UK	3,20	4,97	2,8	2,8	2,2
Frankreich	2,92	4,66	2,0	1,8	1,6
Italien	2,70	3,83	1,9	1,7	1,5
Kanada	1,75	2,64	2,8	2,5	2,3
Spanien	1,83	2,55	3,9	3,8	2,5
Brasilien	2,57	2,21	3,7	4,5	4,0
Russland	2,61	2,04	6,7	7,5	8,0
Korea	1,75	1,84	5,0	4,8	4,6
Indien	6,28	1,81	9,7	8,9	10,0
Mexiko	1,77	1,74	4,8	2,9	3,0
Australien	1,03	1,56	2,7	4,4	3,8
Niederlande	0,87	1,39	3,0	2,6	2,5
Türkei	1,00	0,83	6,1	5,0	5,3
Belgien	0,55	0,82	3,0	2,6	1,9
Schweiz	0,41	0,80	3,2	2,4	1,6
Schweden	0,47	0,80	4,2	3,6	2,8
nachrichtlich:Euroraum	14,3	21,9	2,9	2,6	1,8

Tabelle 1:
Wachstumsraten der wichtigsten Volkswirtschaften

¹ Anteil des BIP am Welt BIP bei Umrechnung in Dollar nach ppp bzw. laufenden Preisen
Quellen: IMF, Prognosen des HWWI.

Zu Beginn des Jahres 2007 waren die monetären Rahmenbedingungen relativ günstig. Im Euroraum führten die Zinsanhebungen im Verlauf des ersten Halbjahres aber zu schlechteren Finanzierungsbedingungen. In der zweiten Jahreshälfte kam es dann in den USA durch die Subprime-Krise zu einer deutlichen Verunsicherung an den Finanzmärkten. Dadurch kam es ab Mitte August zu Liquiditätsengpässen auf den Geldmärkten. Banken waren nicht mehr bereit, sich gegenseitig kurzfristige Kredite zu gewähren. Somit wurde die Refinanzierung von Krediten am Markt deutlich erschwert. Daraufhin stellten die Zentralbanken in erheblichem Umfang zusätzliche Liquidität auf den Geldmärkten zur Verfügung. Damit wurde auch die bis dahin erwartete restriktivere Geldpolitik ausgesetzt.

*Geldpolitik reagiert auf
Finanzmarktkrise*

Dämpfende Effekte der Rohstoffpreise

Die stark gestiegenen Rohstoffpreise wirkten sich dämpfend auf die weltwirtschaftliche Entwicklung aus. Nach einem Rückgang zum Ende des Jahres 2006 stieg der Ölpreis im Jahresverlauf 2007 und erreichte im vierten Quartal neue Höchstwerte von annähernd 100 US-Dollar je Barrel. Zu diesem Preisanstieg hat zum einen die anhaltend hohe Nachfrage, vor allem aus Asien und den USA, zum anderen die nur zögerliche Produktionsausweitung beigetragen. Darüber hinaus führten politische Krisen im Nahen Osten immer wieder zu spekulativ begründeten Preissteigerungen. Neben dem sind auch die Preise für Industrierohstoffe und vor allem für Agrarrohstoffe deutlich gestiegen. In Teilen war dafür das Nachfragewachstum vor allem aus Asien verantwortlich. Bei den Agrarrohstoffen kam ein Nachfrageanstieg durch die Verwendung von Biomasse als Energierohstoff dazu. Überdies haben Missernten zu deutlichen Preissteigerungen geführt.

Normalisierung als Basisszenario

Im Folgenden wird als Basisszenario davon ausgegangen, dass die Anspannung auf dem Ölmarkt im Jahr 2008 hoch bleibt. Allerdings gehen spekulative Übertreibungen zurück, so dass sich die Ölpreise auf 80 US-Dollar je Barrel normalisieren. Außerdem wird angenommen, dass die Finanzmarktkrise in den USA ohne gravierende realwirtschaftliche Folgen bleibt. In der zweiten Jahreshälfte wird die US-Konjunktur wieder an Fahrt gewinnen. Dazu tragen die Flexibilität am Arbeitsmarkt und in der Geldpolitik bei. Mit steigenden Wachstumsraten in den USA geht auch der Euro-Dollar-Kurs wieder zurück. In diesem Szenario steigt die Weltproduktion um annähernd 3,3 %. Der Welthandel hat in den letzten Jahren stets stärker zugenommen als die Weltproduktion; die Zunahme des Welthandels reduziert sich in 2008 auf 5,5 % (2007: 6,5%).

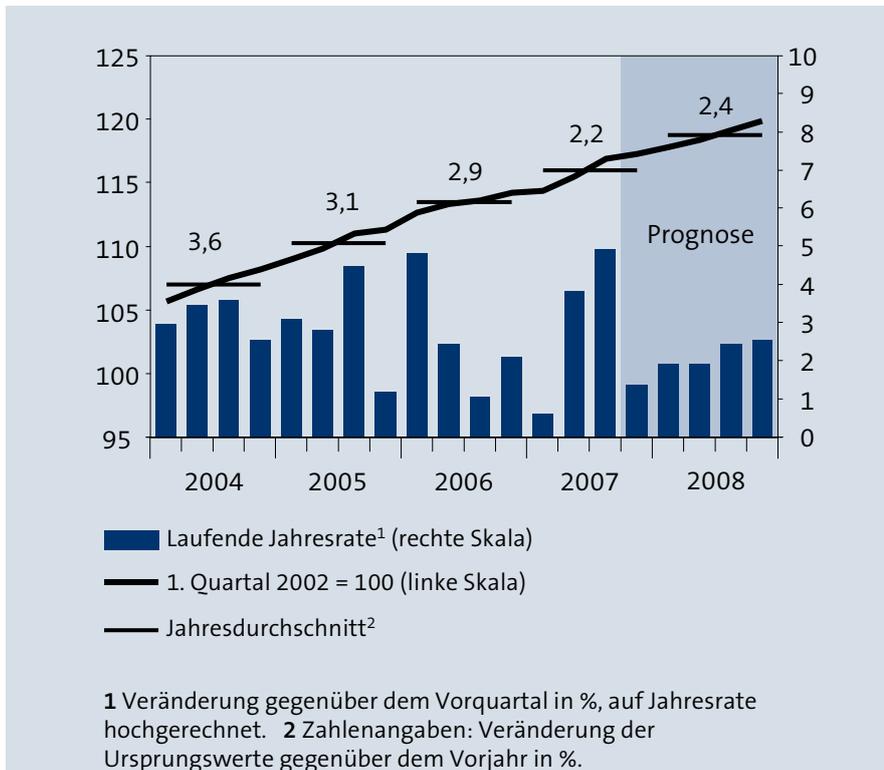
Erhebliche Risiken

Die Annahmen für das Basisszenario unterliegen erheblichen Risiken. Die Finanzmarktkrise in den USA könnte ein größeres Ausmaß als bisher annehmen. Die Folge könnte eine realwirtschaftliche Krise in Form einer Rezession sein. Daraus würde sich auch eine globale Rezession mit entsprechenden Folgen für die deutsche Volkswirtschaft ergeben. Weitere politische Krisen in ölfördernden Ländern könnten den Ölpreis weiter steigen lassen und Missernten würden angesichts geräumter Lager zu noch stärker steigenden Preisen für Nahrungsmittel führen.

1.1 | Konjunktur in den USA geprägt durch Immobilienkrise

Spürbare Verschlechterung des Klimas ...

Das Konjunkturklima in den USA hat sich mit den Nachrichten über ein Übergreifen der Immobilienkrise auf die Finanzmärkte in den vergangenen Wochen merklich abgekühlt. In den bisher vorliegenden realwirtschaftlichen Indikatoren kommt die Stimmungseintrübung allerdings noch nicht nachhaltig zum Ausdruck: Die Expansion von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion hat sich im Laufe des Sommerhalbjahres sogar wieder beschleunigt (vgl. Abbildung 1).



Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des HWWI; ab 4. Quartal 2007: Prognose des HWWI

Abbildung 1:
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts
in den USA

Die Investitionen im Wohnungsbau waren zwar bis zuletzt unvermindert stark rückläufig und lagen um rund ein Viertel niedriger als Ende 2005, vor Beginn des Rückgangs. Hier ist auch weiterhin keine durchgreifende Besserung zu erkennen, vielmehr deuten rückläufige Baugenehmigungen und -beginne, eine weiter gestiegene Verweildauer von Verkaufsobjekten am Markt sowie ein fortgesetzter Rückgang der Immobilienpreise (vgl. Abbildung 2) auf eine anhaltende Anpassung in diesem Sektor hin. Im Gegensatz dazu wurden die Ausrüstungsinvestitionen im Sommerhalbjahr angesichts einer verbesserten Gewinnentwicklung und der hohen Kapazitätsauslastung beschleunigt ausgeweitet. Indiz für die anhaltend positiven Umsatz- und Ertragerwartungen und den erwarteten Erweiterungsbedarf der Unternehmen ist auch die kräftige Beschleunigung des Anstiegs bei den gewerblichen Bauinvestitionen. Wachstumsimpulse kamen darüber hinaus – angesichts eines um rund ein Viertel niedrigeren real effektiven Wechselkurses als vor Beginn der Abwertungsphase – von der rascheren Zunahme der Exporte. Der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz ist dabei bis zuletzt merklich zurückgegangen.

*... bei weiter robusten
realen Entwicklungen*

Mit der Eintrübung des Konsumklimas im Zuge der anhaltend negativen Entwicklung bei den Immobilienvermögen sowie nicht zuletzt auch der beschleunigt gestiegenen Energie- und Benzinpreise hat sich die Expansion des privaten Konsums gegenüber dem Vorjahr merklich abgeschwächt. Dennoch blieb sie insgesamt noch kräftiger als erwartet. Dazu dürfte die bis zuletzt recht günstige Lage am Arbeitsmarkt entscheidend beigetragen haben. Die Beschäftigung ist weiter gestiegen, die Arbeitslosenquote blieb nahezu unverändert, und der Lohnanstieg hat sich sogar leicht verstärkt. Die verfügbaren Einkommen haben so wieder deutlich zugenommen. Allerdings hat sich der Preisanstieg beschleunigt: auf der Verbraucherstufe insgesamt betrug die

*Deutliche Preissteigerungen
schwächen Konsum*

Teuerungsrate zuletzt 3,5 %. Positiv ist jedoch zu vermerken, dass die Kerninflation noch geringer ist – sie betrug lediglich 2,1 % im Vorjahresvergleich. Dennoch droht eine weitere deutliche Belastung für den privaten Konsum. Sollten die Energiepreise weiter unverändert rasch steigen – zuletzt lagen sie fast 15 % über dem Vorjahreswert – bliebe es wohl nicht bei dem damit direkt verbundenen Kaufkraftentzug, sondern eine Fortwälzung auch in andere Preissegmente und damit eine zusätzliche Dämpfung der Konsumneigung wären möglich.

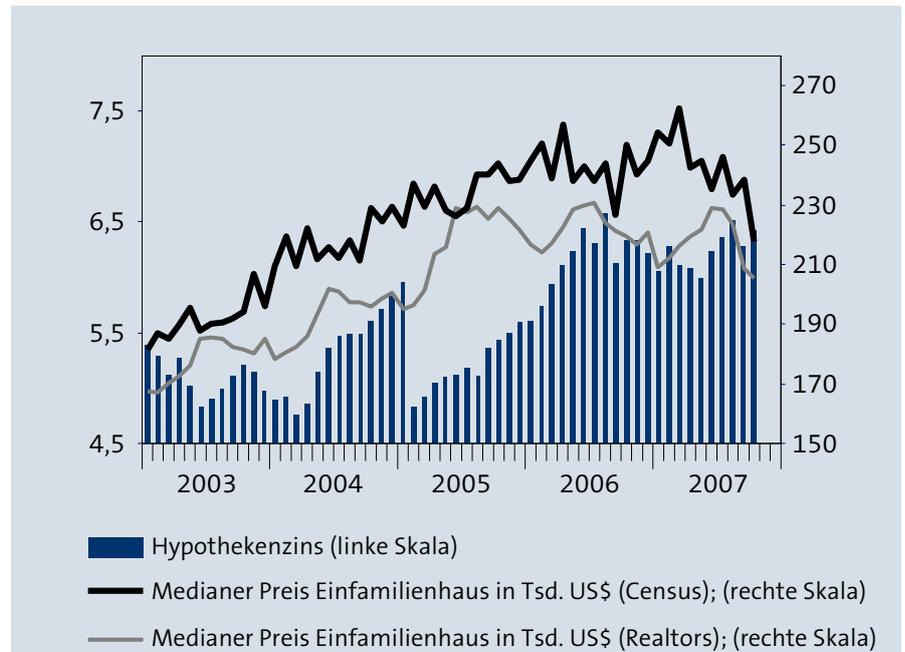


Abbildung 2:
Immobilienpreise in den USA

Quellen: Bureau of Census; National Association of Realtors.

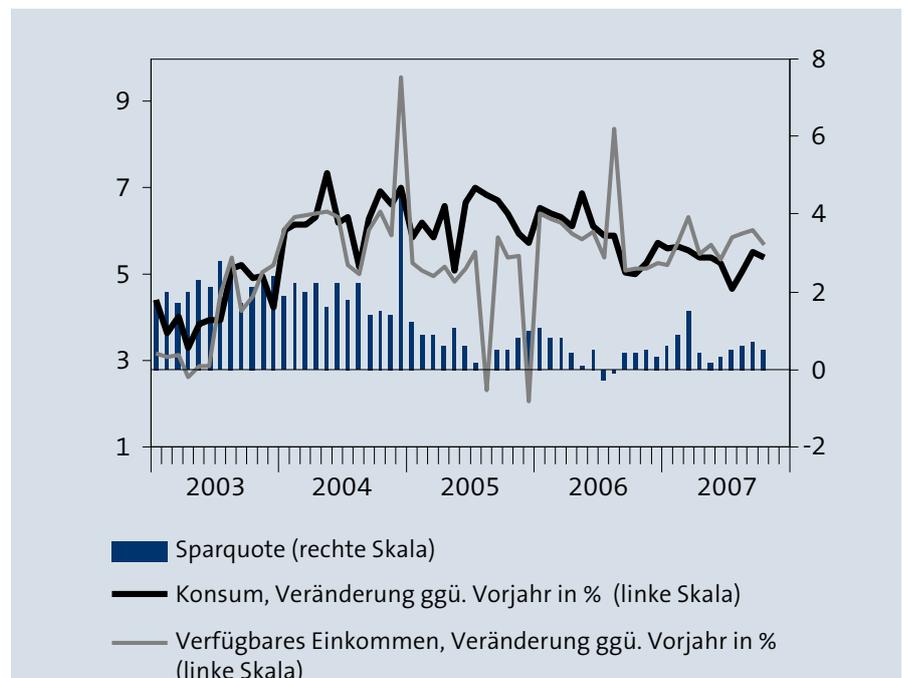
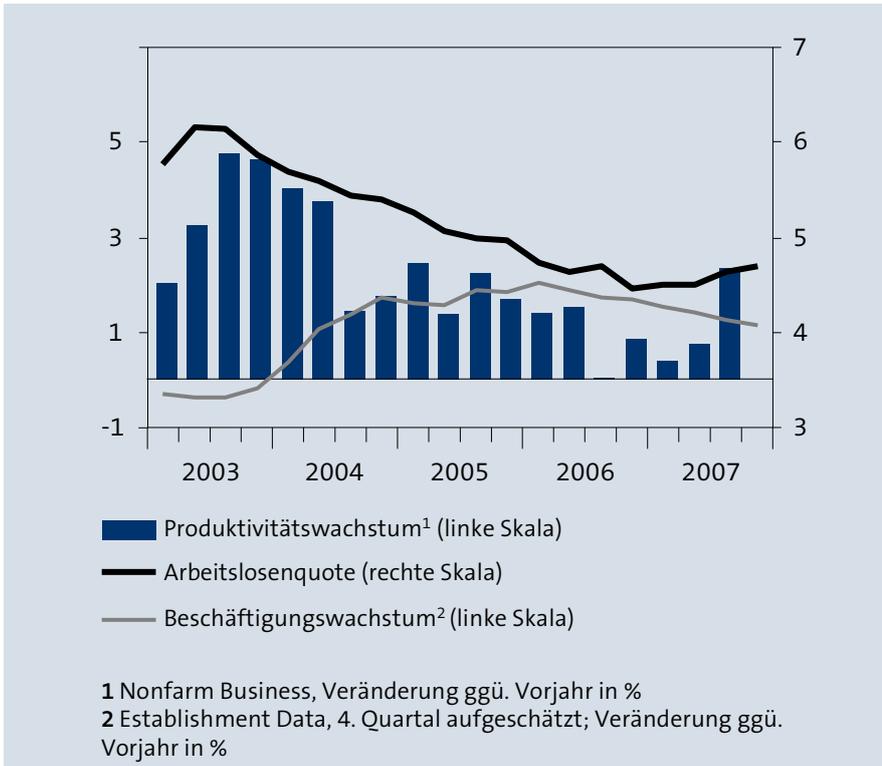


Abbildung 3:
Konsum in den USA

Quelle: Bureau of Economic Analysis.



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

Abbildung 4:
Der Arbeitsmarkt in den USA

Das bundesstaatliche Defizit, das im vergangenen Fiskaljahr auf 1,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (einschließlich des Social-Security-Überschusses) zurückgegangen war, dürfte im laufenden Fiskaljahr wieder steigen. Zum einen wirkt die zu erwartende schwächere gesamtwirtschaftliche Expansion automatisch auf eine stärkere Ausweitung der Ausgaben und auch auf eine abgeschwächte Einnahmeentwicklung hin. Zum anderen dürften Administration und Kongress angesichts des anstehenden Präsidentschaftswahlkampfes auch aktiv versuchen, der konjunkturellen Abschwächung entgegenzuwirken. Insgesamt dürfte das Defizit des Bundes so auf rund 1 ½ % des BIP steigen. Deutlich stärker expansiv wird die Geldpolitik wirken, denn die Zentralbank hat die monetären Zügel Mitte Dezember abermals gelockert. Die Zielrate für die Federal Funds wurde auf 4,25 %, der Diskontsatz auf 4,75 % gesenkt und zusätzlich stellte die Zentralbank seither – im Rahmen einer mit den Zentralbanken Japans, Kanadas und des Euroraumes koordinierten Aktion – Liquidität in Höhe von rund 40 Milliarden Dollar für den Bankensektor zur Verfügung. Die Federal Reserve tut dies in Form einer speziellen neuen Fazilität, die von betroffenen Banken sehr kurzfristig und zu niedrigeren Zinsen als dem Diskont abgerufen werden kann. So soll der Verunsicherung im Bankensektor über die Höhe der erwarteten Kreditausfälle im Zuge der Subprime Mortgage-Krise und den damit verbundenen Kreditrestriktionen entgegengewirkt werden, ohne gleichzeitig die gesamte Wirtschaft mit zu viel Liquidität zu fluten. Angesichts der gleichwohl zu erwartenden erneuten Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion unter Potentialwachstum wird die Zentralbank die Zinsen durchaus im Verlauf des kommenden Frühjahrs noch weiter senken; allerdings wird sie dabei, insbesondere was das Ausmaß der Lockerung angeht, die Gefahren für die Preisstabilität mit in ihr Kalkül einbeziehen. Deshalb dürften weitere Zinssenkungen eher moderat ausfallen.

Expansive Fiskal- und Geldpolitik

*Rezessionswahrscheinlichkeit
bleibt gering*

Unter der Annahme, dass es nicht zu einer weiteren drastischen Kreditverknappung und einem regelrechten Crash an den Finanzmärkten kommt, dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik insgesamt zwar vorerst spürbar verlangsamen; ein Abrutschen in eine Rezession ist vor allem angesichts der robusten Investitionskonjunktur und der schon jetzt spürbaren monetären Lockerung aber kaum zu erwarten. Stützend dürfte insbesondere wirken, dass der sich abzeichnenden schwächeren Ertragsentwicklung im Inland weiterhin günstige Absatz- und Ertragsaussichten im kräftig expandierenden Exportsektor entgegenstehen. Dagegen wird der private Verbrauch wohl merklich schwächer ausgeweitet werden, vor allem wegen der anhaltend negativen Effekte seitens der Immobilienvermögen. Eine Belastung bleibt zudem die Preisentwicklung: die Teuerung der privaten Lebenshaltung dürfte sich vorerst angesichts der gestiegenen Ölpreise und der nach wie vor relativ kräftigen Lohnsteigerungen kaum abschwächen. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate im kommenden wie in diesem Jahr bei rund 2,8 % liegen. Der private Wohnungsbau wird bei nach wie vor schwacher Nachfrage und damit einhergehend zum Teil spürbaren Preisrückgängen bei Immobilien bis weit ins kommende Jahr rückläufig sein.

Im späteren Verlauf von 2008 werden die expansiven monetären Rahmenbedingungen zunehmend auf eine Festigung der Konjunktur hinwirken. Dennoch bleibt die Expansion insgesamt vorerst deutlich schwächer als im langjährigen Mittel, und auch langsamer als das Potentialwachstum. Das reale BIP wird so im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,2 %, und im kommenden Jahr um rund 2,4 % zunehmen. Da die fundamentalen Entwicklungen in der US-Wirtschaft – die sich insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und im Investitionsverhalten widerspiegeln – entgegen der Stimmungslage durchaus robust sind, werden die dämpfenden Faktoren allmählich wieder an Gewicht verlieren. 2009 dürfte sich dann das Wachstum in den USA allmählich wieder einem potentialgerechten Tempo annähern.

1.2 | Zyklische Abschwächung in Japan

Nachdem sich die konjunkturelle Entwicklung in Japan im ersten Halbjahr deutlich abgeschwächt hatte, war für das dritte Quartal eine leichte Erholung festzustellen. Insgesamt dürfte die Expansion des realen BIP im abgelaufenen Jahr knapp 2 % betragen haben. Ein wesentlicher Grund für die Erholung in der zweiten Jahreshälfte ist im Außenhandel zu finden. So haben sich die Exporte im abgelaufenen Jahr von ihrem Tief im vierten Quartal 2006 erholt. Der Außenbeitrag, der in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen war, hat in 2007 allerdings weniger stark zugelegt. Insofern macht sich auch für Japan die leichte Abschwächung im Welthandel bemerkbar. Abgefedert wird dies durch die real-effektive Abwertung des Yen, die seit längerer Zeit anhält und nur jüngst etwas gebremst wurde.

Unterstützung erhielt die japanische Konjunktur auch vom privaten Konsum, der im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um rund 2 ½ % zugenommen hat. Der private Verbrauch setzt damit seinen Aufwärtstrend, der in der zweiten Jahreshälfte 2006 begann, fort. Ein Indiz dafür, dass die erhöhte Konsumneigung auch das Segment der Gebrauchsgüter erreicht hat, ist die zuletzt deutlich gestiegene Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen. Die Arbeitslosenquote hat sich im vergangenen Jahr weiter reduziert. Allerdings ist die Zahl der offenen Stellen nach einem langjährigen Höhepunkt gegen Ende

des Jahres 2006 nunmehr leicht rückläufig. Deutlich negative Impulse gingen von der Investitionsnachfrage aus. So sind die Bruttoanlageinvestitionen im gesamten Verlauf des Jahres gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Mehrere Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass die japanische Volkswirtschaft bereits im Jahr 2006 einen konjunkturellen Höhepunkt überschritten hat. So haben erstens die Bruttoanlageinvestitionen und zweitens die Auftragseingänge in diesem Zeitraum einen oberen Wendepunkt durchlaufen. Drittens lässt sich bei der Zahl der offenen Stellen ein Höhepunkt im Jahr 2006 feststellen. Viertens deuten Indikatoren zum Konsumentenvertrauen darauf hin, dass auch beim privaten Konsum eher eine Abschwächung zu erwarten ist. Die Einkommensentwicklung vermag dem privaten Verbrauch keine weiteren Impulse zu liefern. Zwar fand in den beiden letzten Jahren ein merklicher Aufbau an Beschäftigung statt; allerdings handelt es sich dabei zu einem Großteil um Teilzeitbeschäftigte, deren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei rund 26 % liegt. Hinzu kommt, dass auch die Nominallöhne im gesamten abgelaufenen Jahr rückläufig waren. Auskunft über die (sehr kurzfristige) künftige Konjunkturentwicklung gibt der Tankan-Index der japanischen Nationalbank, der die gegenwärtige Situation und die Erwartungen der Firmen für die kommenden drei Monate misst. Der Teilindex für Großunternehmen des produzierenden Gewerbes hat sich in jüngster Zeit leicht eingetrübt. Unter Berücksichtigung der genannten Indikatoren ist für 2008 von einer leicht rückläufigen konjunkturellen Dynamik auszugehen, die sich in Form einer Jahreswachstumsrate von rund 1 ½ % beim realen BIP niederschlagen dürfte. Diese Abschwächung wird im Wesentlichen durch den nach wie vor stabilen Außenhandel abgefedert, der von der günstigen Wechselkursentwicklung des Yen profitiert. Für 2009 wird angesichts einer zu erwartenden Erholung beim Welthandel und einer weiteren Belebung beim Konsum mit einer Wachstumsrate von rund 2 % gerechnet.

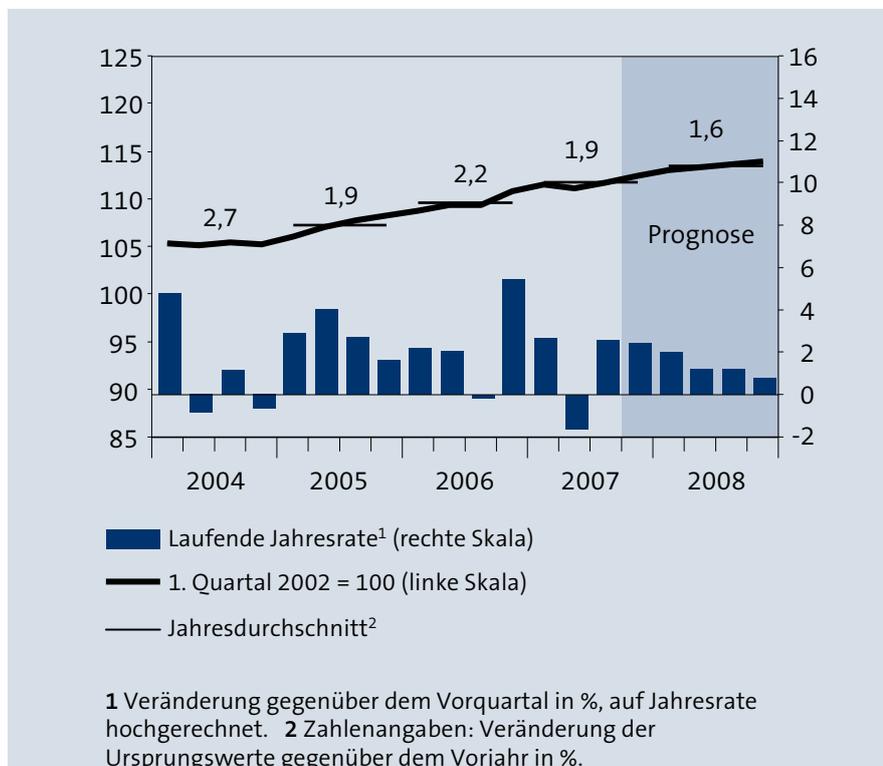


Abbildung 5:
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts
in Japan

Quellen: OECD; Berechnungen des HWWI; ab 4. Quartal 2007 Prognose des HWWI.

1.3 | Anhaltend hohe konjunkturelle Dynamik in den Schwellenländern

Investitionsentwicklung und Kapitalzufluss als Triebfedern der russischen Konjunktur

Russlands Wirtschaftswachstum hat sich in 2007 gegenüber dem Vorjahr von 5 % auf rund 7 ½ % erhöht. Dies ist in Teilen das Ergebnis verstärkter Anlageinvestitionen, bei denen die Zuwächse gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen sind. Die Investitionen werden vor allem im Energie-, Verkehrs- und Kommunikationssektor getätigt. Eine wesentliche Rolle spielen auch Direktinvestitionen des Auslands, die neben den Devisenzuflüssen aus dem Erdgas- und Ölgeschäft zum positiven Saldo der Kapitalbilanz beitragen. Diese Devisenzuflüsse sowie die mit den ausländischen Investitionen verbundene Nachfrage nach Rubel bewirkten eine weitere real-effektive Aufwertung des Rubels. Dieser Trend besteht bereits seit mehreren Jahren und wird von der russischen Zentralbank, die ein kontrolliertes Floating verfolgt, tendenziell gebremst.

Hingegen hat sich der Überschuss in der Leistungsbilanz im Gefolge des sich abkühlenden Welthandels vermindert. Dabei handelt es sich jedoch um eine Reduktion auf hohem Niveau: So erreichte der Überschuss im Jahr 2006 den höchsten Wert der vorherigen 15 Jahre. Dies ist zum Teil Folge steigender Energiepreise, da letztere für die russische Wirtschaft vor allem Exportpreise darstellen. Bei der Inflationsentwicklung haben sich unterschiedliche Tendenzen bemerkbar gemacht. So hat sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise abgeschwächt. Dies hat in Verbindung mit steigenden Nominallöhnen dem privaten Konsum zu deutlichen Zuwachsraten verholfen. Bei den Produzentenpreisen war in Folge stark steigender Energiepreise ein Anstieg im zweistelligen Bereich zu verzeichnen.

Das hohe Wachstum strahlt auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die international standardisierte Arbeitslosenrate lag zuletzt knapp unter 6 % und hat sich in 2007 damit um rund einen Prozentpunkt reduziert. Zum Vergleich: Zu Beginn des Jahres 2005 lag sie noch bei etwas über 8 %, ein Jahr zuvor sogar bei rund 9 %. Da Russlands Außenhandel im Unterschied zu anderen Ländern von steigenden Energiepreisen profitiert, gehen von dieser Seite kaum dämpfende Effekte auf die wirtschaftliche Dynamik aus. Angesichts der seit zwei Jahren robusten Investitionstätigkeit ist von einer weiteren Entspannung am Arbeitsmarkt auszugehen, welche wiederum dem privaten Konsum zugute kommt. Somit wird für Russland von einem anhaltend hohen Expansions-tempo ausgegangen. Für die nächsten beiden Jahre wird daher mit einem Wachstum von rund 8 % gerechnet.

Höhenflug bei Exporten und privatem Konsum in China

Chinas Volkswirtschaft expandierte im vergangenen Jahr mit einer Vorjahresrate von rund 11 ½ %. Der Handelsbilanzüberschuss verdoppelte sich im ersten Halbjahr 2007 nahezu gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im zweiten Halbjahr war die Dynamik bis einschließlich Oktober etwas geringer. Dies ist auch mit dem Auslaufen von Exportvergünstigungen zur Mitte des Jahres zu erklären. Die enormen Zuwächse im Außenhandel werden durch die Unterbewertung der chinesischen Währung, welche von der chinesischen Zentralbank aufrecht erhalten wird, gefördert. Der chinesische Renminbi Yuan hat zwar seit Mitte 2005 gegenüber dem US-Dollar nominal aufgewertet, gegenüber dem Euro jedoch seit Beginn des Jahres 2006 – trotz eines hohen Handelsbilanzüberschusses – an Wert verloren. Daraus resultiert letztlich ein stetig steigender Kostenvorteil gegenüber Wettbewerbern. Entsprechend belief sich das Handelsdefizit der Europäischen Union (EU) mit China im abge-

laufenen Jahr auf geschätzte 170 Milliarden Euro. Jüngste Verlautbarungen der chinesischen Regierung lassen jedoch eine stärkere Flexibilisierung des Wechselkurses in der Zukunft erwarten. Neben dem Außenhandel boomt auch die Inlandsnachfrage. Der private Konsum wächst seit mehreren Jahren mit ähnlich hohen Raten wie die Gesamtwirtschaft; seit dem Jahr 2004 liegen sie jährlich bei rund 12 %. Das Konsumentenvertrauen ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Die Arbeitslosenrate bewegt sich auf sehr niedrigem Niveau. Es macht sich bereits eine zunehmende Knappheit an Fachkräften bemerkbar, die sich als Hemmschuh für die weitere Wachstumsdynamik erweisen könnte. Die Regierung war bisher offensichtlich nicht in der Lage, die hohe Exportabhängigkeit der Volkswirtschaft durch eine breit angelegte Bildungsoffensive zu begleiten.

Für die chinesische Exporttätigkeit ist im nächsten Jahr aus zwei Gründen mit einer etwas geringeren Dynamik zu rechnen. Erstens hat sich die Dynamik im Welthandel generell reduziert. Zum anderen deuten die jüngsten Gespräche der Europäischen Zentralbank (EZB) mit der chinesischen Regierung, welche die schwelende Streitfrage der chinesischen Wechselkurspolitik zum Thema hatten, darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Aufwertung des Renminbi Yuan gestiegen ist. Eine Aufwertung könnte die Wettbewerbsposition der europäischen Volkswirtschaften verbessern. Dies hätte geringere Zuwachsraten der chinesischen Exporte zur Folge. Angesichts des stabilen privaten Konsums und weiterer Investitionen ist jedoch insgesamt mit einem kräftigen gesamtwirtschaftlichen Wachstum von rund 10 % zu rechnen.

Indiens Wirtschaft ist nach 2006 auch in diesem Jahr um rund 9 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Getragen wird diese Expansion zum einen vom Dienstleistungsbereich. Hier erweisen sich vor allem der Kommunikations- und Transportsektor sowie der Handel als Leitsektoren, die Wachstumsraten von rund 12 bis 13 % aufweisen. Insbesondere das enorm hohe Wachstum im Transport- und Kommunikationssektor spiegelt den Aufholprozess des Schwellenlandes Indien im Bereich Infrastruktur wider. Ebenfalls sehr hoch sind die Zuwächse bei den Unternehmensdiensten und in der Finanzbranche. Starke Zuwächse verzeichnet aber auch die Industrieproduktion mit rund 10 % gegenüber dem Vorjahr. Die Inflationsrate lag im abgelaufenen Jahr stets auf hohem Niveau, im Durchschnitt bei etwa 6 ½ %. Es lässt sich aber ein leichter Abwärtstrend in jüngster Zeit feststellen. Während der Binnenwert der indischen Währung sinkt, stabilisiert sich der Außenwert: Die indische Rupie hat zwischen der Jahresmitte 2006 und der Jahresmitte 2007 real effektiv um rund 12 % aufgewertet. Diese Aufwertung könnte helfen, den Anteil der Inflation, der durch den Import von Rohstoffen und Gütern beigetragen wird, einzudämmen. Dass die Gefahr der importierten Inflation für Indien nicht ohne Bedeutung ist, wird an Hand der Struktur der Handelsbilanz deutlich. Diese weist derzeit ein Defizit von rund 300 Milliarden indischen Rupien (rund 5,2 Milliarden Euro) auf. Dieser Betrag entspricht einem Anteil von rund 4 % des indischen realen BIP. Angesichts der großen Bedeutung der Binnenkonjunktur und der kräftigen Investitionen ist für das kommende Jahr von einer Wachstumsrate von rund 10 % auszugehen. Eine etwa gleich hohe Rate wird für das Jahr 2009 erwartet.

Indien: Expansion im Dienstleistungs- und Verkehrssektor

Brasilien verzeichnet seit mehreren Jahren ansteigende Wachstumsraten. Im laufenden Jahr dürfte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 4 ½ % gegenüber dem Vorjahr erhöht haben. Die Arbeitslosenquote in den Metropolregionen ist in den letzten Jahren zwar deutlich gesunken, aber immer noch relativ hoch. Während sie noch zu Beginn des Jahres 2004 rund 13 % betrug, bewegt sie sich derzeit auf einem Niveau von rund 9 %. Im Außenhandel konnte Brasilien in den letzten Jahren einen von Jahr zu Jahr steigenden Überschuss erwirtschaften. Dieser erreichte zur Mitte des Jahres 2006 mit rund 5,7 Milliarden US-Dollar seinen vorläufigen Höhepunkt. Seit dieser Zeit hat er sich verringert und lag gegen Ende des abgelaufenen Jahres nur noch bei rund 2 Milliarden US-Dollar. Parallel zum Aufschwung bei den Exporten erreichte das Land ab dem Jahr 2003 eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, deren Saldo seitdem stets positiv geblieben ist. Die Inflation, die in den 1990er Jahren noch gewaltige Ausmaße erreicht hatte, konnte deutlich eingedämmt werden und hat sich auf einem Niveau von 4 bis 5 % eingependelt. Dazu trägt auch bei, dass das Verhältnis der Export- zu den Importpreisen seit drei Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Angesichts der enormen Exportchancen des Landes bei Rohstoffen wird für die kommenden beiden Jahre 2008 und 2009 mit einer anhaltend hohen Wachstumsrate um die 4 % gerechnet.

1.4 | Unterschiedliche Tendenzen an den Rohstoffmärkten

Die Preise für Energierohstoffe sind gegen Ende des Jahres auf Rekordniveau gestiegen, und auch viele Nahrungsmittel haben sich im Jahresverlauf deutlich verteuert. In der Folge erreichte der HWWI-Rohstoffpreisindex im November seinen bislang höchsten Stand. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, dass die Notierungen etlicher Industrierohstoffe seit Mitte des Jahres rückläufig waren.

Die Ölpreise erholten sich seit Jahresbeginn deutlich, bereits im Juli übertraf die Spotnotierung für Brentöl zeitweise den Höchststand vom Sommer 2006. An einigen Tagen im November schließlich lag die Brentnotierung bei 95 US-Dollar je Barrel, und der Preis für die höherwertige Sorte West Texas Intermediate (WTI) stieg in den USA auf über 99 US-Dollar. Der auch von spekulativen Käufen beeinflusste Höhenflug endete allerdings bald, und ab Ende November bewegten sich die Preise beider Ölsorten wieder nahe der 90-Dollar-Marke. Grund für den Preisauftrieb war die anhaltend kräftige Ölnachfrage bei verknapptem Angebot, verbunden mit der Sorge um drohende Produktionsausfälle. Im November traten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der OPEC über das anzustrebende Ölpreisniveau hinzu. Die OPEC-Länder, die ihre Förderquoten zur Jahreswende 2006/07 vermindert hatten, hoben diese Einschränkung erst zum November und dann auch nur zum Teil wieder auf. Neben einer Ausweitung der gemeinsamen Fördermenge um 0,5 Millionen Barrel pro Tag (mb/d) wurden Förderquoten für die neuen Mitglieder Angola und Ecuador festgelegt. Insgesamt liegt die vereinbarte Ölförderung der „OPEC-12“ (ohne Irak) damit bei 29,2 mb/d. Die OPEC-Minister beugten sich auf ihrer Konferenz im Dezember nicht dem Druck aus den Verbrauchern, ihre Produktion stärker auszuweiten, sagten aber zu, auf einer Sonderkonferenz Anfang Februar über eine weitere Förderanpassung zu entscheiden.

Die Weltölnachfrage wird in diesem Jahr nach Schätzung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) um 1,1 % höher sein als im letzten Jahr; das ist nur eine leichte Beschleunigung gegenüber der Vorperiode. Frühere höhere Schätzungen wurden nach unten revidiert, denn die unerwartet starke Verteuerung von Rohöl zeigt offensichtlich Wirkungen. Die Zunahme der Ölnachfrage konzentriert sich weiterhin auf die Entwicklungs- und Schwellenländer, insbesondere in Asien und im Nahen Osten. Dagegen geht der Verbrauch in der OECD insgesamt (mit der Ausnahme Nordamerikas) und in Russland zurück. Im kommenden Jahr erwartet die IEA eine deutliche Zunahme um 2,5 % der Ölnachfrage.

Unter der Annahme, dass das Ölangebot der OPEC mit steigender Nachfrage weiter erhöht wird, sollten sich die Rohölpreise nach dem Winter wieder bei etwa 80 US-Dollar bewegen. Das Risiko deutlich höherer Ölpreise liegt vor allem in wieder zunehmenden geopolitischen Spannungen, vor allem im Nahen Osten. Da die weiterhin sehr niedrigen Kapazitätsreserven bei der Ölförderung – im Wesentlichen verfügt nur Saudi-Arabien über größere freie, kurzfristig mobilisierbare Kapazitäten – die Sensibilität am Ölmarkt gegenüber Krisensignalen erhöht haben, ist mit vorübergehenden heftigen Preisausschlägen zu rechnen.

Steigende Preise gab es in diesem Jahr auch bei den anderen fossilen Energierohstoffen. So erreichten die Spotnotierungen für importierte Kraftwerkskohle aufgrund verstärkter Nachfrage im Dezember einen historischen Höchststand. Kohle ist immer noch ein vergleichsweise billiger Brennstoff, und die gegenüber Mineralöl und Erdgas geringere Verteuerung von Kohle in den letzten Jahren hat ihren Einsatz in der Stromerzeugung stimuliert. Die Spotnotierungen von Koks-kohle, die nach der Umwandlung zu Koks vor allem für die Erzeugung von Rohstahl verwendet wird, kletterten ebenfalls auf Rekordhöhen. Der weitaus größte Teil der Koks-kohle wird allerdings auf der Basis langfristiger Verträge zu jährlich neu festgelegten Preisen gehandelt. Angesichts des anhaltenden Booms in der Stahlindustrie ist zu erwarten, dass es im Jahr 2008 wieder zu einer Erhöhung der Vertragspreise kommt. Das gilt im übrigen auch für die Vertragspreise für Eisenerz, die in diesem Jahr um knapp 10 % heraufgesetzt wurden und zur Zeit für das Jahr 2008 ausgehandelt werden. Die neuen Preise dürften um mindestens 25 % höher liegen. Die Eisenerzproduzenten streben offensichtlich weit höhere Preise an. Sie orientieren sich dabei an den Spotmärkten, wo Eisenerz inzwischen aufgrund starker Nachfrage und knappen Angebots zum Teil doppelt so teuer ist wie auf Vertragsbasis. Mit einer Entspannung der Marktlage durch zunehmende Förderkapazitäten ist frühestens zum Ende des Jahrzehnts zu rechnen.

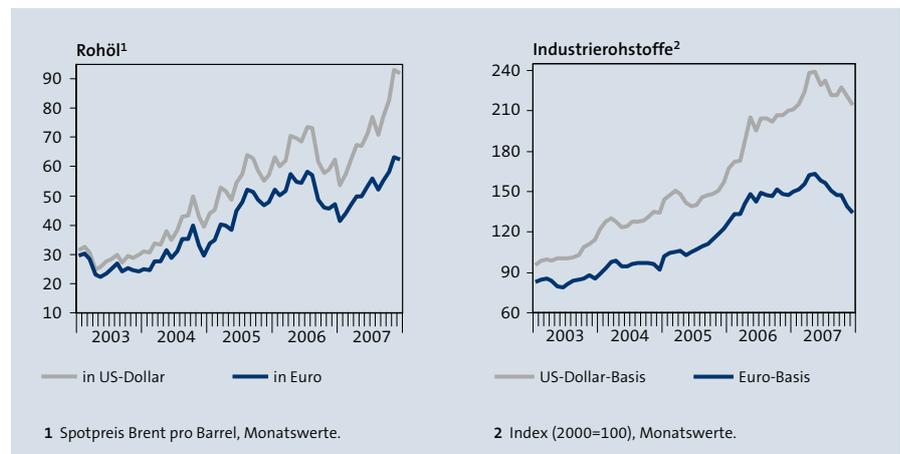
Die Preise für Industrierohstoffe insgesamt haben sich nach dem Höchststand im Mai dieses Jahres leicht nach unten bewegt, in Euro unterschreiten sie mittlerweile den Stand vor Jahresfrist. Die Richtungsänderung war am deutlichsten auf den NE-Metallmärkten, die vermehrt durch ein allmählich zunehmendes Angebot gekennzeichnet sind, etwa bei Kupfer durch steigende chinesische Produktion. Auch die Sorge um ein niedrigeres globales Wirtschaftswachstum, vor allem aufgrund von Rezessionssignalen in den USA, drückt mittlerweile auf die Preise. Bremsmaßnahmen der chinesischen Regierung, wie neue Kreditbeschränkungen und Zinserhöhungen, könnten ebenfalls dämpfend auf die Nachfrage nach Metallen wirken. Bislang zeigt die Weltmetallnachfrage allerdings kaum Schwächen, da das starke – und

Industrierohstoffpreise geben nach

metallintensive – Wirtschaftswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern anhält.

Die Preise agrarischer Rohstoffe haben sich insgesamt im Jahresverlauf nur wenig verändert, größere Preissteigerungen erfolgten vor allem bei Spinnstoffen und bei Zellstoff. Nahrungsmittelrohstoffe verteuerten sich in den letzten Monaten tendenziell weiter. Grund dafür waren Angebotsverknappungen aufgrund niedrigerer – tatsächlicher oder erwarteter – Ernteerträge sowie einer kräftigen Nachfrage. Besonders deutlich waren die Preissteigerungen bei Weizen sowie bei pflanzlichen Ölen und Ölsaaten. Hier spielt auch der zunehmend konkurrierende Bedarf für die Erzeugung von Biotreibstoffen eine Rolle.

Angesichts des erreichten hohen Preisniveaus bei vielen Rohstoffen und der Aussicht auf ein etwas vermindertes Wachstum der Weltwirtschaft ist zu erwarten, dass die Rohstoffnachfrage generell nicht mehr so stark zunehmen wird wie bisher. Das dürfte dämpfend auf viele Rohstoffpreise wirken und im kommenden Jahr bei Industrierohstoffen zu niedrigeren Notierungen führen. Im Jahresdurchschnitt 2007 wird sich bei Industrierohstoffen auf Dollarbasis eine Verteuerung um etwa 16 % im Vorjahresvergleich ergeben, nach 33 % im Jahr 2006. Im Euroraum liegt die Verteuerung in diesem Jahr bei 7 %. Im kommenden Jahr sollte der Preisanstieg noch einmal deutlich geringer ausfallen. Ein niedrigerer Wert des Industrierohstoffindex im Jahresdurchschnitt 2008 wird allerdings vermutlich durch eine deutliche Erhöhung der Eisenerzpreise verhindert.



Quelle: HWWI.

2 | Die konjunkturelle Entwicklung in der Europäischen Union

2.1 | Außenwirtschaftliche Einflüsse dämpfen Konjunktur im Euroraum

Im Jahr 2007 hat sich die Konjunktur im Euroraum gegenüber dem Vorjahr etwas abgeschwächt. Nach einer Wachstumsrate von 2,9 % in 2006 expandiert die Wirtschaft im Euroraum in diesem Jahr voraussichtlich mit einer Rate von 2,6 %. Damit liegt das Wachstum auch in diesem Jahr über der Potenzialrate für den Euroraum, die bei etwas über 2 % liegt; der Auslastungsgrad der Kapazitäten ist somit weiter gestiegen und befindet sich nun in etwa im Bereich der Normalauslastung. Der Beschäftigungsaufbau hat sich in 2007 fortgesetzt, zuletzt aber verlangsamt. Nach einem Beschäftigungszuwachs von saisonbereinigt 0,6 % im zweiten Quartal dieses Jahres betrug dieser im dritten Quartal nur noch 0,3 %. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 7,3 %. Die Verbraucherpreise sind im November im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % gestiegen. Dies liegt vor allem an den gestiegenen Preisen für Öl und einige Nahrungsmittel sowie an den Effekten der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland zu Beginn dieses Jahres. Die Kernrate ist mit etwa 2 % jedoch weiterhin relativ stabil.

Konjunkturelle Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte 2007

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich in 2007 insgesamt weiter verschlechtert. So ist der Leitzins der EZB von 3,5 % zu Jahresbeginn auf 4,0 % bis Mitte des Jahres gestiegen. Eine weitere Anhebung ist aufgrund der Finanzmarkturbulenzen, die infolge von Zahlungsausfällen bei Hypothekenkrediten mit geringer Bonität (subprime) in den USA und den daraus auch für den Euroraum auftretenden Liquiditätsengpässen entstanden sind, ausgesetzt und bis auf Weiteres verschoben worden. Auf der jüngsten EZB-Ratssitzung hat Jean-Claude Trichet die Geldpolitik nicht mehr als akkomodierend eingeschätzt; hieraus haben Finanzmarktbeobachter geschlossen, dass es vorerst wohl nicht zu einer weiteren Anhebung der Zinsen kommen werde. Im Zuge der Liquiditätsprobleme auf dem Interbankenmarkt ist der 3-Monatszins (EURIBOR) bis auf 4,9 % gestiegen, obwohl die EZB dem Markt erhebliche Liquidität zugeführt hat. Dies schien notwendig, um in der Funktion als lender of last resort die Funktionsfähigkeit des Geldmarktes sicherzustellen. Die langfristigen Zinsen (für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren) sind gegenüber Jahresbeginn dagegen nur geringfügig auf etwa 4,3 % gestiegen. Die Fremdfinanzierungsbedingungen haben sich im Euroraum damit etwas verschlechtert. Die derzeit inverse Zinsstrukturkurve deutet darauf hin, dass die Märkte mittelfristig eine Normalisierung der Finanzmärkte erwarten. Steigende Börsenkurse und Gewinne haben im gleichen Zeitraum zu verbesserten Eigenfinanzierungsbedingungen geführt. Insgesamt dürfte sich die Geldpolitik im Euroraum auf annähernd neutralem Niveau befinden.

Geldpolitik im Zeichen der Finanzmarkturbulenzen

Vorübergehende Verlangsamung der Konjunktur in 2008

Einige der konjunkturellen Risiken, die das HWWI schon in vorangegangenen Konjunkturberichten angesprochen hatte, haben sich in der zweiten Jahreshälfte 2007 materialisiert. Die Konjunkturaussichten für 2008 haben sich im Euroraum dadurch eingetrübt. Die Gründe hierfür sind vor allem die real effektive Aufwertung des Euro, insbesondere gegenüber dem US-Dollar (vgl. Abbildung 9), der gestiegene Ölpreis sowie eine Verlangsamung der Weltkonjunktur, die zu einer verringerten Auslandsnachfrage im nächsten Jahr führt. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass sich die Finanzmarktunruhen noch ausweiten. Dies könnte dazu führen, dass die Kreditvergabe an private Haushalte, aber auch an Unternehmen deutlich restriktiver erfolgt als bisher und die Investitionen über den Kreditkanal beschränkt werden. Steigende Risikoprämien könnten darüber hinaus zu weiteren Kreditausfällen führen, wodurch gerade auch die Immobilienmärkte in Spanien und Irland, auf denen erhebliche Steigerungen der Hauspreise in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, in Gefahr geraten.

Vor allem Exporte und Investitionen schwächer

Aus den genannten Gründen ist damit zu rechnen, dass die Impulse sowohl vom Export als auch von den Investitionen im nächsten Jahr deutlich schwächer sein werden als noch in diesem Jahr. Des Weiteren dürfte auch der private Konsum durch die gestiegenen Energiekosten und Nahrungsmittelpreise und den dadurch induzierten Kaufkraftentzug nicht so stark zunehmen wie noch vor einigen Monaten erwartet. Die dämpfenden Effekte werden sich vor allem im ersten, zum Teil noch im zweiten Quartal bemerkbar machen. Im weiteren Verlauf ist jedoch wieder mit einer Zunahme der wirtschaftlichen Expansion im Euroraum zu rechnen, da auch die Konjunktur in den USA in der zweiten Jahreshälfte 2008 wieder anziehen dürfte. Daher ist damit zu rechnen, dass der Euro zwar kurzfristig auf 1,50 US-Dollar steigen könnte, danach aber wieder fallen und sich bei 1,45 US-Dollar im Jahresdurchschnitt einpen-

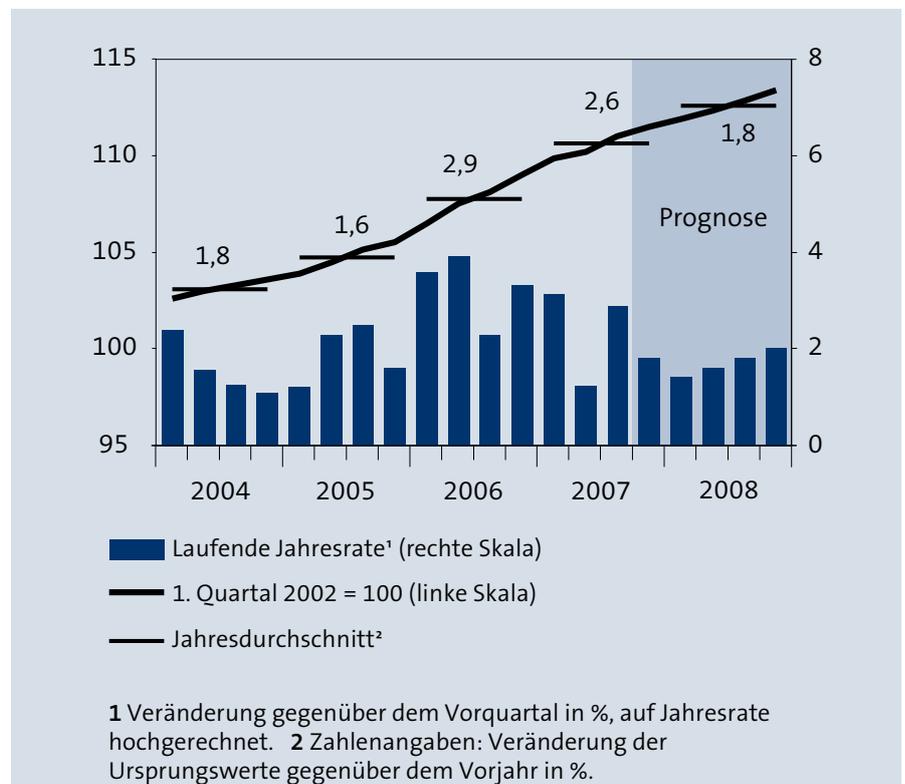


Abbildung 7: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in der Europäischen Währungsunion

Quellen: Eurostat; Berechnungen des HWWI; ab 4. Quartal 2007: Prognose des HWWI.

deln wird. Davon dürfte auch der Export profitieren. In 2008 wächst der Euroraum mit einer Rate von 1,8 % (vgl. Abbildung 7). Dies ist nur etwas weniger als die Potenzialrate. Bei einer in etwa geschlossenen Outputlücke befindet sich der Euroraum damit in einer „neutralen“ konjunkturellen Phase. Die Erholung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2008 dürfte sich 2009 weiter fortsetzen.

Spanien wird aufgrund geringerer Impulse aus dem privaten Konsum, der sich bislang auch aus Vermögenseffekten im Zusammenhang mit den steigenden Hauspreisen gespeist hatte, sowie nachlassender Bauinvestitionen nach rund 3,8 % in 2007 nur noch mit etwa 2,5 % wachsen. Auch in Frankreich wird nach 1,8 % in diesem Jahr die Wachstumsrate im nächsten Jahr bei nur etwa 1,6 % liegen. Zu dieser Abschwächung kommt es trotz einer deutlich expansiver ausgerichteten Fiskalpolitik. Italiens Wirtschaft wird nach 1,7 % in diesem Jahr nur noch mit einer Rate von ca. 1,5 % in 2008 wachsen. Deutschland als größte Volkswirtschaft im Euroraum mit einem Gewicht von knapp einem Drittel trägt mit einer Wachstumsrate von 1,7 % in 2008 ebenfalls maßgeblich zu der konjunkturellen Verlangsamung im Euroraum bei.

Gedämpfte Konjunktur in den großen Volkswirtschaften des Euroraums

2.2 | Die Entwicklung in den anderen EU-Ländern

In Großbritannien setzte sich der Aufschwung zu Beginn des Jahres fort. Erst in der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich das Expansionstempo infolge nachlassender Investitionen etwas. Im Jahresdurchschnitt beträgt die Wachstumsrate in 2007 etwa 2,8 %. Nachdem die Inflationsrate zwischenzeitlich auf über 3 % stieg, erhöhte die Bank of England den Leitzins auf 5,75 %, senkte diesen jedoch wieder auf 5,5 %, als es auch in Großbritannien auf den Finanzmärkten zu Liquiditätsproblemen einiger Banken, die von den Zahlungsausfällen bei verbrieften Hypothekenkrediten in den USA betroffen waren, gekommen war. Die Konjunkturaussichten für 2008 sind aufgrund einer geringeren Zunahme beim privaten Konsum und den Wohnungsbauinvestitionen ungünstiger geworden. Sollte auch der Immobilienmarkt in Großbritannien von fallenden Hauspreisen betroffen sein, würde sich der Effekt verstärken. Auch nehmen die Exporte durch die Aufwertung des Britischen Pfunds nur noch weniger zu. Die wirtschaftliche Expansion dürfte sich daher in 2008 jahresdurchschnittlich auf eine Rate von etwa 2,2 % verlangsamen.

Großbritannien: Konjunkturelle Risiken drohen vom Immobilienmarkt

In den neuen Mitgliedsländern der EU ist nach einer kräftigen Expansion in diesem Jahr in 2008 ebenfalls mit einer Verlangsamung des Expansionstempos zu rechnen. Nach im Durchschnitt rund 6 % in 2007 wird die Wachstumsrate im nächsten Jahr durchschnittlich rund 5 ½ % betragen. Die Gründe für die Abflachung liegen zum einen in der Verlangsamung der Weltkonjunktur und zum anderen in einer restriktiveren Geldpolitik, die angesichts konjunktureller Überhitzungserscheinungen zu erwarten ist. Die derzeit hohen Inflationsraten dürften auch im Hinblick auf die geld- und währungspolitischen Konvergenzbestrebungen der EWU-Beitrittskandidaten ein Problem sein.

Neuen Mitgliedsländern droht konjunkturelle Überhitzung

3 | Eintrübung der Konjunktur in Deutschland

Gute Konjunktur in 2007...

Die Konjunktur in Deutschland war trotz der Anhebung der Mehrwertsteuer Anfang 2007 recht gut in dieses Jahr hinein gestartet. Bis zum Spätsommer war die konjunkturelle Expansion kräftiger als vor Jahresfrist wegen der steuerbedingten Dämpfungseffekte erwartet worden war. Seit Herbst haben die Konjunktur- und Inflationsrisiken allerdings spürbar zugenommen. Verschiedene Indikatoren, Umfrageergebnisse wie auch reale Daten, deuten auf eine spürbare Verringerung der konjunkturellen Dynamik zum Jahresende hin. Im Durchschnitt von 2007 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion gleichwohl mit 2 ½ % erneut deutlich gewachsen sein und nur wenig schwächer als in dem sehr guten Jahr 2006 (2,9 %). Auch wurde die Beschäftigung angesichts der lange als gefestigt angesehenen Konjunkturperspektiven weiter deutlich ausgeweitet und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im Verlauf von 2007 noch einmal um saisonbereinigt gut eine halbe Million auf beinahe 3 ½ Millionen zurück. Ungünstig verlief im abgelaufenen Jahr hingegen die Preisentwicklung, denn die Inflationsrate erreichte zum Jahresende hin 3,1 %, die höchste Rate seit 1994.

... aber Schatten über weiteren Perspektiven

Die konjunkturellen Perspektiven haben sich allerdings seit einiger Zeit merklich eingetrübt. Die Konjunkturrisiken, die sich seit dem Sommer abzeichneten, haben sich in Teilen materialisiert. Der Umfang der amerikanischen Immobilien- und Finanzkrise ist offensichtlich merklich größer als noch vor einiger Zeit absehbar und belastet auch einige deutsche Banken erheblich. Das genaue Ausmaß der Krise bleibt auch weiterhin unklar. Die Höhenflüge beim Ölpreis und beim Euro-Dollar-Kurs haben sich bis vor kurzem fortgesetzt; die Marken von 100 US-Dollar je Barrel Öl bzw. 1,50 US-Dollar je Euro wurden fast erreicht. Auch zeichnet sich angesichts gestiegener Teuerungsraten sowie höherer Lohnabschlüsse und damit verbunden befürchteter Zweitrundeneffekte und auf der anderen Seite zunehmender Konjunkturrisiken mehr und mehr ein möglicher Kollisionskurs der Geldpolitik zwischen Wachstum und Preisstabilität ab.

3.1 | Konjunktur in 2007 übertraf die Erwartungen

Dämpfung durch Mehrwertsteuer geringer als befürchtet

Angesichts der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zu Jahresbeginn und der diesbezüglichen Kaufkraft- und Vorzieheffekte war für das Jahr 2007 trotz positiver Einschätzung der konjunkturellen Grundtendenz ein zunächst schwacher Start erwartet worden. Die Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte war dann jedoch weniger ausgeprägt als vorausgeschätzt. Beim privaten Konsum kam es zwar in den besonders von der Steuererhöhung betroffenen Bereichen, wie im Handel mit PKW, zu erheblichen Einbrüchen. Ähnliche Reaktionen zeigten sich im Wohnungsbaubereich. Gleichzeitig haben aber die Unternehmen ihre Investitionen in Anlagen angesichts knapper werdender Kapazitäten und guter Gewinne zunächst weiter kräftig ausgeweitet. Der Staat nutzte zudem die verbesserte Finanzlage, um seinen Konsum und seine Investitionen deutlich zu erhöhen. Im weiteren Jahresverlauf hat sich vor allem der private Verbrauch dank spürbar steigender Einkommen dann wieder erholt und das „Loch“ vom Jahresbe-

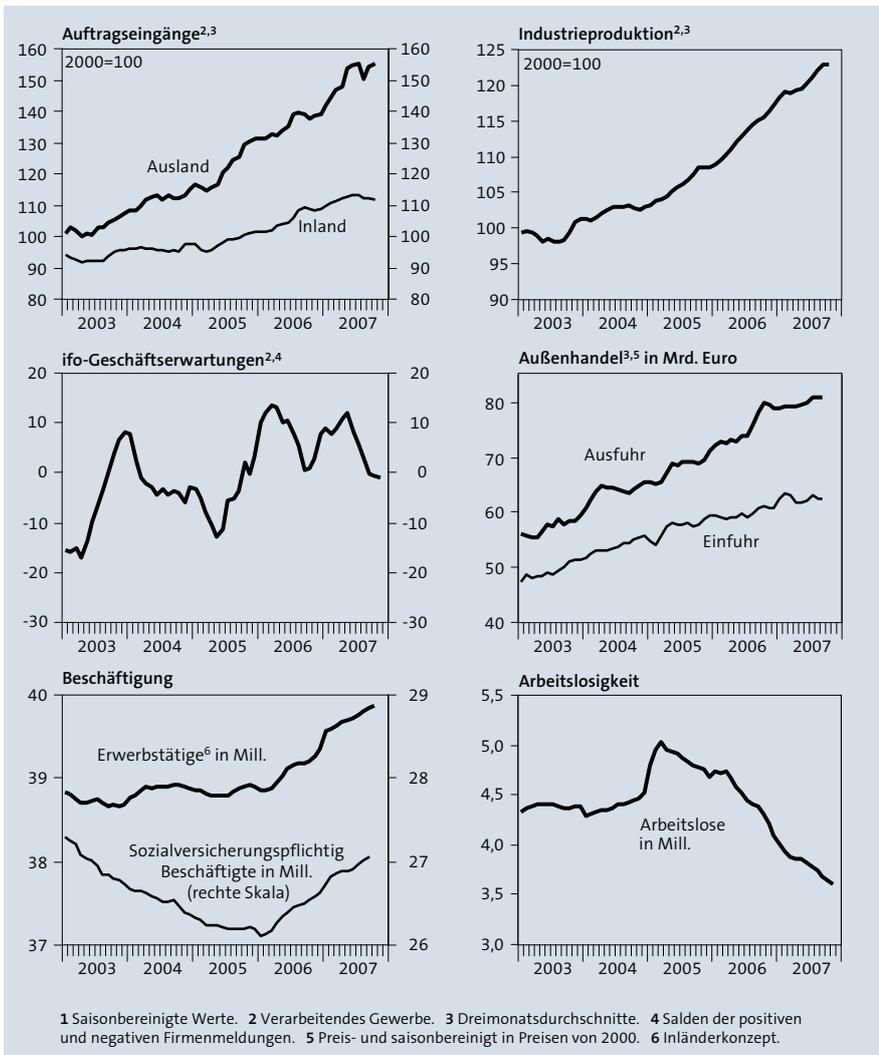


Abbildung 8:
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung
in Deutschland¹

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut; Berechnungen des HWWI.

ginn annähernd geschlossen, auch wenn zuletzt die realen verfügbaren Einkommen durch die verstärkte Teuerung wieder geschmälert wurden. Bei den Unternehmensinvestitionen dürfte es zum Jahresende noch einmal zu einem kräftigen Anstieg wegen des Auslaufens der Abschreibungsvergünstigungen, was erfahrungsgemäß zu Vorzieheffekten führt, gekommen sein.

Vom Export kamen angesichts der schon im Laufe von 2006 eingesetzten Euro-Aufwertung, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, schon seit Beginn dieses Jahres deutlich weniger Impulse. Zwar geht die Hälfte der deutschen Exporte in den Euroraum und „nur“ ein Viertel außerhalb Europas, so dass sich der Umfang von der Aufwertung direkt betroffener Ausfuhren in Grenzen hält, doch hat auch auf den europäischen Märkten die Konkurrenz durch Anbieter aus dem Dollar-Raum erheblich zugenommen. Immerhin hat sich der Euro-Kurs seit Frühjahr 2006 von 1,20 US-Dollar/Euro auf nunmehr knapp 1,50 US-Dollar/Euro erhöht, also um fast 25 %. So hat sich trotz der Stabilität bei den Lohnstückkosten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter im Laufe der vergangenen beiden Jahre verringert. Die bis Ende 2006 sehr hohe Exportdynamik hat sich seitdem merklich abgeschwächt, so haben die realen Warenexporte in diesem Jahr im Verlauf nur relativ wenig zugenommen. Die Ausfuhren in den Dollar-Raum (hierzu zählen neben den USA unter anderem

*Noch einmal hoher
Wachstumsbeitrag von außen*

die asiatischen und die OPEC-Länder) gingen sogar zurück. Die gegenüber dem Vorjahr insgesamt noch beachtlichen Zuwachsraten bei den Ausfuhren – in den ersten zehn Monaten dieses Jahres stiegen die Warenexporte (Spezialhandel) wertmäßig um 10 % – spiegeln vor allem den „Überhang“ aus dem Vorjahr wider. Gleichzeitig verlangsamte sich wegen der geringeren Zunahme der Endnachfrage allerdings auch die Expansion der Importe. Alles in allem kam so vom Außenhandel in diesem Jahr dennoch erneut ein erheblicher Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt; er trug fast die Hälfte zum erwarteten Wachstum des realen BIP bei.

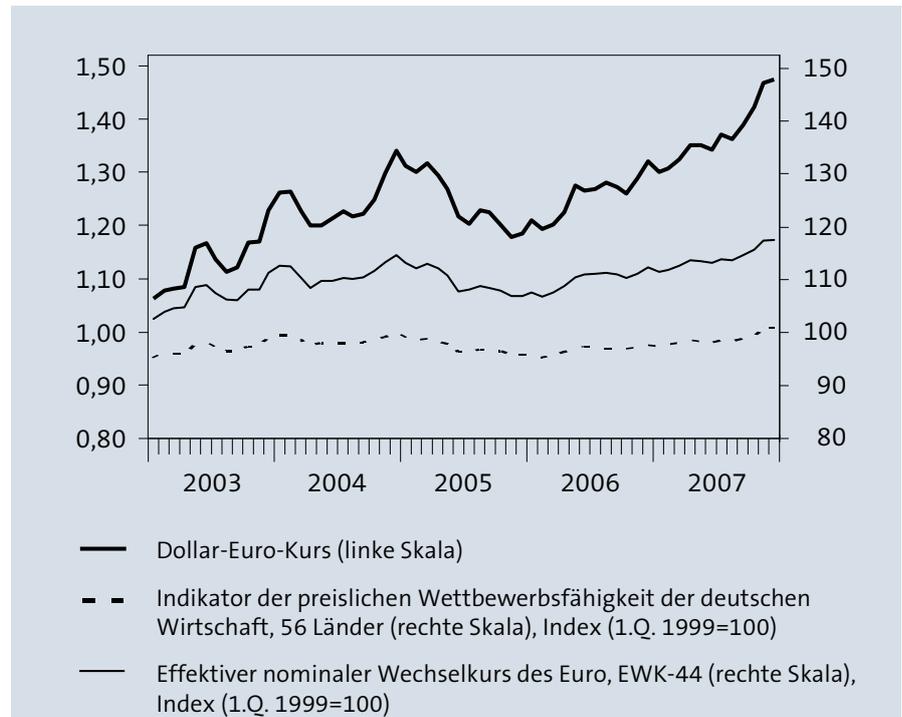


Abbildung 9:
Euro-Kurs und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Kräftiger Preisanstieg bei Energie und Nahrungsmitteln

Nachdem die Preiseffekte durch die Mehrwertsteuererhöhung in den ersten Monaten dieses Jahres geringer ausfielen als rein rechnerisch erwartet worden war, offensichtlich weil die Überwälzung nur teilweise erfolgte, beschleunigte sich der Preisanstieg in der Folge dennoch kräftig. Ausschlaggebend hierfür war zum einen der rasante Anstieg der Ölpreise von etwas über 50 US-Dollar/Barrel noch im Januar auf in der Spitze bis zu 95 US-Dollar/Barrel im November und der sich daraus ergebende Anstieg der Energiepreise mit Ausnahme von Erdgas. Der Preis für Erdgas folgt dem Ölpreis mit Verzögerung. Zum anderen verteuerten sich Nahrungsmittel beträchtlich, nämlich um insgesamt 5 ½ % binnen Jahresfrist, obwohl sie nicht von der Mehrwertsteuererhöhung betroffen waren. Teils spielten hier marktspezifische Besonderheiten eine Rolle, teils haussierende Weltmarktpreise, wie bei Getreide. Zum Jahresende überschritt die Inflationsrate schließlich die Drei-Prozent-Marke. Die jahresdurchschnittliche Rate betrug trotz dessen und der Mehrwertsteueranhebung gleichwohl nur 2,1 %. Noch niedriger war bis zuletzt mit nur wenig mehr als 1 % die vom HWWI berechnete Kernrate, in der die Mehrwertsteuererhöhung – da administrativ gewollt und die Inflationsrate für sich gesehen nur temporär erhöhend – herausgerechnet und bei den Energiepreisen nur der mittelfristige Trend und damit nicht deren „Spitzen“ berücksichtigt

werden. Die Kernrate spiegelt den grundlegenden Preisauftrieb besser wider als die allgemeine Inflationsrate.

Annahmen der Prognose

Der Prognose für den Zeitraum 2008/09 liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die Immobilien- und Finanzkrise in den USA führt dort zu einer nur leichten Dämpfung der Konjunktur.
- Die weltwirtschaftliche Expansion schwächt sich, ausgehend von den USA, vorübergehend etwas ab. Der Welthandel wächst 2008 mit 5 ½ %, im Jahr 2009 wieder mit 6 ½ %.
- Der Ölpreis beruhigt sich und bewegt sich 2008/09 um die Marke von 80 US-Dollar/Barrel zu.
- Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollars setzt sich nicht fort. Im Prognosezeitraum pendelt der Kurs des Euro gegenüber dem Dollar um 1,45 US-Dollar/Euro.
- Die Europäische Zentralbank wird die geldpolitischen Zügel vorläufig nicht anziehen. Die langfristigen Zinsen ziehen erst mit Festigung der Konjunktur im weiteren Verlauf von 2008 leicht an, bleiben aber im langfristigen Durchschnitt relativ niedrig.
- Die ausstehenden Abschlüsse der laufenden Tarifrunde fallen nicht höher als die bisherigen aus; dies gilt insbesondere für den öffentlichen Dienst. Die tariflichen Stundenlöhne steigen im nächsten und übernächsten Jahr jeweils um durchschnittlich 2 ½ %.
- Die Finanzpolitik wirkt im kommenden Jahr leicht expansiv; 2008 tritt die Unternehmensteuerreform in Kraft. Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen gehen bei deutlicher Senkung in der Arbeitslosenversicherung und allenfalls geringen Erhöhungen in der Krankenversicherung insgesamt zurück. Die öffentlichen Haushalte insgesamt schließen in den nächsten beiden Jahren etwa ausgeglichen ab.

3.2 | Gebremste Konjunktur im Jahr 2008

Die Rahmenbedingungen für die künftige konjunkturelle Entwicklung haben sich in den letzten Monaten eingetrübt. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben größere Kreise gezogen. In den USA hat die Immobilienkrise Ausmaße angenommen, die Rezessionsbefürchtungen geschürt haben. Zumindest hat sich die Konjunktur in den USA merklich abgeschwächt. Die Spannung an den Weltölmärkten hält an, auch wenn der Ölpreis in letzter Zeit wieder nachgegeben hat. Der Ölpreis hatte sich zuvor zeitweilig der Marke von 100 US-Dollar/Barrel angenähert. Dabei spielten offenbar weniger Versorgungsengpässe eine Rolle, als vielmehr auch durch politische Einflüsse angetriebene Spekulationen. Von der Versorgungslage her scheint ein Rückgang des Ölpreises wahrscheinlich; für den Prognosezeitraum wird deshalb ein Ölpreis in der Größenordnung von 80 US-Dollar/Barrel angenommen. Der Euro dürfte gegenüber dem US-Dollar nicht zuletzt wegen der aktuell unterschiedlichen geldpolitischen Ausrichtungen in den USA – Konjunkturstabilisierung – und der EZB – Preisstabilisierung – weiterhin stark bleiben. Im Falle einer stärkeren als in unserer Prognose unterstellten Abkühlung der Konjunktur in den USA

Rahmenbedingungen durch erhebliche Risiken belastet

würde die dortige Geldpolitik erfahrungsgemäß mit weiteren Leitzinssenkungen reagieren. Dann könnte der Euro-Kurs die Marke von 1,50 US-Dollar/Euro überschreiten.

Wachstumsdelle Anfang 2008

Unter den vorgenannten Rahmenbedingungen werden die Auftriebskräfte geschwächt. Insbesondere in den ersten Monaten des kommenden Jahres ist mit einer spürbaren Dämpfung der konjunkturellen Expansion, möglicherweise sogar mit einer Stagnation zu rechnen. So dürften die Unternehmensinvestitionen wegen des Wegfalls der Abschreibungsvergünstigungen vorübergehend zurückgehen und sich erst im weiteren Jahresverlauf wieder erholen; sie werden aber auch dann angesichts nicht mehr so günstiger Absatzaussichten im In- wie auch im Ausland nur moderat zunehmen. Der private Konsum, von dem nach dem Auslaufen der dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung und bei zunehmender Beschäftigung und höheren Lohnabschlüssen im späteren Verlauf dieses Jahres und erst recht im kommenden Jahr spürbare Impulse erwartet worden waren, wird weniger kräftig zunehmen. Insbesondere in den ersten Monaten von 2008 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die beschleunigte Teuerung an Kaufkraft verlieren. Zudem hat sich mit den Preissteigerungen das Konsumklima eingetrübt, zumal diese vor allem jene Bereiche betreffen, die von den Verbrauchern bei ihren täglichen Einkäufen besonders wahrgenommen werden und so vielfach die „gefühlte“ Inflation noch höher ist als die tatsächliche. Auch wenn die gegenwärtig hohe Teuerung zum Teil durch Sondereffekte bedingt und insoweit nur temporär ist und im kommenden Jahr auch mit dem Wegfall des Basiseffekts der diesjährigen Mehrwertsteuererhöhung die Inflationsrate wieder merklich sinken dürfte, wird die reale Kaufkraft der privaten Haushalte dadurch vorübergehend spürbar geschwächt. Der private Konsum wird daher zunächst allenfalls mäßig zunehmen und erst im Jahresverlauf 2008 mit nachlassender Teuerung an Schubkraft gewinnen. Die Bauinvestitionen werden insgesamt nur wenig erhöht; während die Wohnungsbautätigkeit allenfalls stagnieren wird, werden die öffentlichen Bauinvestitionen weiter deutlich, wenn auch nicht so stark wie in diesem Jahr, ausgeweitet werden.

Euro-Stärke dämpft Exporte

Die in den letzten Monaten beschleunigte Aufwertung des Euro bis knapp unter 1,50 US-Dollar/Euro wird mit gewisser Verzögerung vor allem im kommenden Jahr zum Tragen kommen. In der ersten Jahreshälfte 2008 dürften die deutschen Ausfuhren daher kaum noch zunehmen. Bei der in unserer Prognose unterstellten Annahme, dass sich der Euro-Dollar-Kurs um 1,45 US-Dollar/Euro einpendeln wird und damit die Aufwertungseffekte allmählich nachlassen, dürfte sich der deutsche Export, getragen von der anhaltenden, wenn auch etwas verlangsamten Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft, in der zweiten Jahreshälfte 2008 wieder beleben. Die Expansion der Importe dürfte sich bei weiter wachsender Binnennachfrage weniger stark verlangsamen als die der Exporte. Insgesamt wird vom Außenbeitrag, der in den vergangenen Jahren die deutsche Konjunktur entscheidend mitgetragen hat, im kommenden Jahr kein Wachstumsbeitrag mehr kommen.

	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt ¹	0.8	2.9	2.5	1.7	2.0
Private Konsumausgaben	-0.1	1.0	-0.2	1.4	1.2
Konsumausgaben des Staates	0.5	0.9	2.1	1.6	1.8
Anlageinvestitionen	1.0	6.1	5.4	2.5	3.4
Ausrüstungen	6.0	8.3	8.4	3.8	5.6
Bauten	-3.1	4.3	2.7	1.0	0.7
Sonstige Anlagen	4.8	6.7	5.7	4.5	5.9
Inlandsnachfrage	0.3	1.9	1.4	1.8	1.8
Ausfuhr	7.1	12.5	7.9	4.6	5.7
Einfuhr	6.7	11.2	6.0	5.2	6.0
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	-0.1	0.6	1.7	0.7	0.5
Arbeitslose (Mill. Personen)	4.86	4.49	3.78	3.48	3.28
Arbeitslosenquote ² (in %)	11.1	10.3	8.7	8.0	7.5
Verbraucherpreise (in %)	2.0	1.7	2.1	2.2	1.5
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-3.4	-1.6	0.0	0.0	0.5
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	4.6	4.9	6.0	5.6	5.6

Tabelle 2:
Eckdaten für Deutschland
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)

¹ Preisbereinigt. ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2007 bis 2009: Prognose des HWWI.

Alles in allem zeichnet sich für kommendes Jahr ein zunächst schwaches, im Jahresverlauf aber wieder zunehmendes Expansionstempo ab; im vierten Quartal 2008 könnte es sich bis auf 2 % p.a. erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 2008 wird das reale Bruttoinlandsprodukt, auch dank der gegenüber diesem Jahr höheren Zahl an Arbeitstagen, um 1 ¼ % wachsen. Die Beschäftigung wird deutlich langsamer zunehmen als im abgelaufenen Jahr; die Zahl der Arbeitslosen dürfte knapp unter 3,5 Millionen sinken. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich mit dem Nachlassen der aktuellen Teuerungsimpulse seitens der Energie- und Nahrungsmittelpreise, aber auch wegen des wegfallenden Basiseffekts der diesjährigen Mehrwertsteuererhöhung im Verlauf von 2008 deutlich vermindern und zum Jahresende hin wieder unter die Zwei-Prozent-Marke sinken. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate dann allerdings wegen des hohen Ausgangsniveaus mit 2 ¼ % etwas höher als in diesem Jahr sein. Dabei wird davon ausgegangen, dass es nicht zu Zweit-rundeneffekten kommt. Gewisse Risiken, dass sich der Preisauftrieb angesichts des verstärkten Kostendrucks von Seiten der Löhne als resistenter erweisen könnte als gewünscht, sind aber nicht auszuschließen. So sind nicht nur die Tarifierhebungen in diesem Jahr höher ausgefallen als in den vergangenen Jahren, auch nimmt die Produktivität bei nachlassender Konjunkturdynamik langsamer zu. Die Lohnstückkosten werden daher im kommenden Jahr voraussichtlich wieder deutlich steigen, nachdem sie sich in diesem Jahr nur geringfügig erhöht hatten und in den drei Jahren zuvor sogar gesunken waren.

*Rückkehr auf Aufschwungspfad
im weiteren Jahresverlauf*

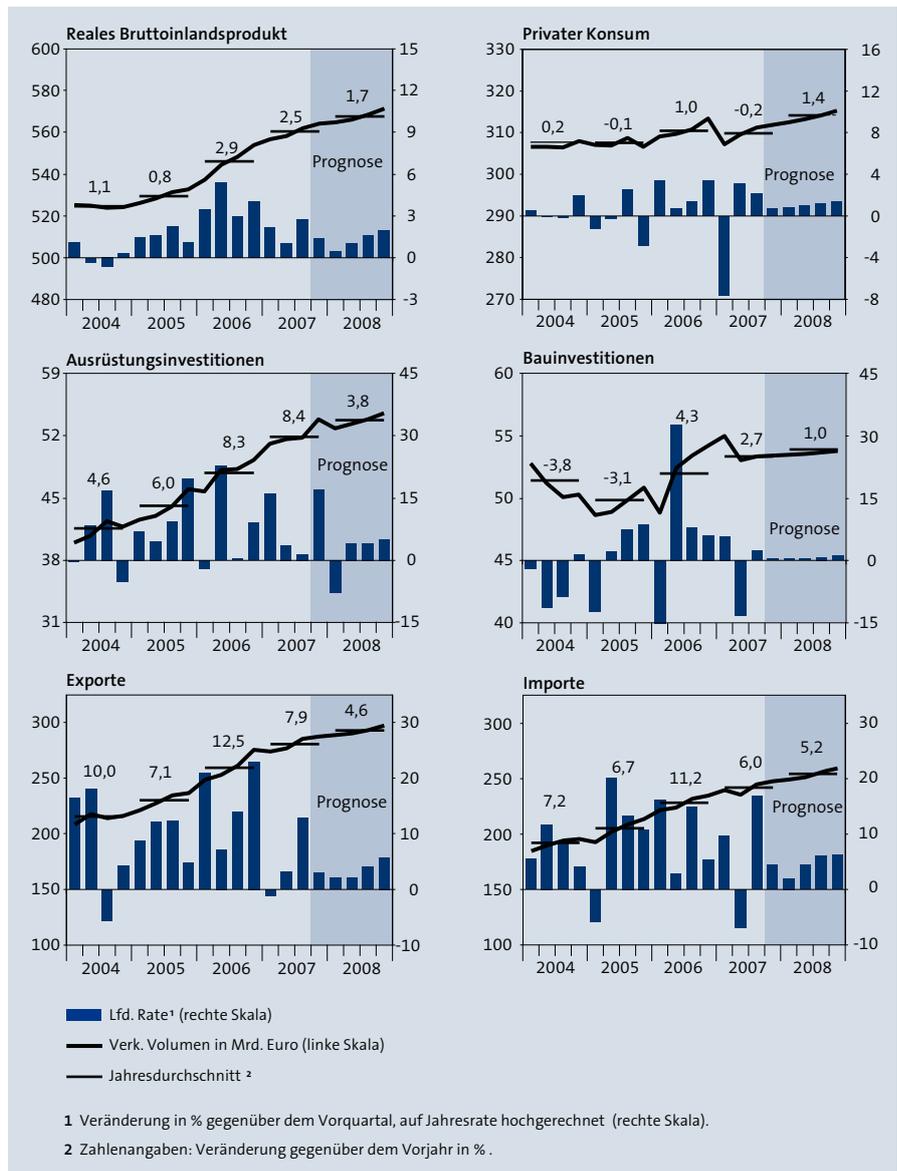


Abbildung 10:
Wichtige Aggregate der Verwendungsseite der VGR

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; 2007 und 2008: Prognose des HWWI.

3.3 | Perspektiven für das Jahr 2009

Bei Nichteintritt der gegenwärtigen Risiken ...

Die aktuell die Konjunktur belastenden Entwicklungen – Immobilien- und Finanzkrise in den USA, Ölpreis- sowie Wechselkursentwicklung, erhöhte Inflation – sind auch die größten Risiken für die Konjunktur im Jahr 2009. Lösen sie sich, wie in der Prognose für 2008 unterstellt, im Laufe des nächsten Jahres auf, sind die Aussichten für eine deutliche Expansion der Wirtschaft im Jahr 2009 recht günstig. Dies würde bedeuten, dass die aus heutiger Sicht als vorübergehend erachtete Schwäche in den USA überwunden wäre und die Weltwirtschaft wieder etwas stärker expandiert. Bei deutlich reduzierter Inflationsrate hierzulande wie auch europaweit wären von Seiten der Lohnpolitik kaum Zweitrundeneffekte zu befürchten. Damit könnte die Geldpolitik auf einen restriktiven und somit das Wachstum hemmenden Kurs verzichten.

... Fortsetzung des Aufschwungs in 2009

Unter diesen Rahmenbedingungen wären sowohl von der Binnen- wie auch wieder von der Auslandsnachfrage positive Impulse zu erwarten. Der private Konsum würde selbst bei moderaterem Beschäftigungs- und Lohnanstieg merklich zunehmen, da bei verringerter Teuerung die realen verfügbaren

Einkommen dennoch merklich zunehmen. Die Investitionen der Unternehmen würden bei günstigeren Absatz- und Ertragsaussichten wieder spürbar wachsen. Die Bauinvestitionen, vor allem im Wohnungsbau, dürften sich festigen. Der Staat dürfte angesichts der stabilisierten Finanzlage seinen Konsum und seine Investitionen weiter ausdehnen. Nicht zuletzt dürften die Exporte bei festerer Weltkonjunktur und nicht mehr bremsenden Wechselkursen wieder rascher zunehmen. Die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte sich unter diesen Bedingungen im Jahr 2009 mit dem Tempo wie gegen Ende 2008 fortsetzen, d.h. mit einer laufenden Jahresrate von etwa 2 %. Die Inflationsrate würde sich gegenüber 2008 wieder merklich reduzieren. Die Beschäftigung nähme weiter zu, die Zahl der Arbeitslosen würde erneut sinken (vgl. Eckwertetabelle).

3.4 | Arbeitsmarkterholung schreitet langsamer voran

Der Beschäftigungsaufbau hat sich auch in 2007 fortgesetzt. Seit Jahresbeginn nahm die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) bis Oktober um rund 540 Tausend Personen zu. Nachdem die Erwerbstätigkeit im Jahr 2006 und auch noch zum Jahreswechsel rapide gestiegen war, verlangsamte sich die Entwicklung ein wenig. Seit Februar beträgt der monatliche Zuwachs durchschnittlich 35 Tausend Stellen. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit beruht dabei maßgeblich auf der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die im Verlauf der ersten 9 Monate rund 425 Tausend betrug. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind etwa die Hälfte der neu geschaffenen Stellen Vollzeitstellen. Beim Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung spielte wiederum die Arbeitnehmerüberlassung eine wichtige Rolle, aber auch Handel, Gastgewerbe, Verkehr und zahlreiche Dienstleistungsbranchen verzeichneten angesichts der konjunkturell günstigen Lage Stellenzuwächse. Daneben wurde der Beschäftigungsaufbau durch die moderate Lohnpolitik unterstützt. Hingegen haben die arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht mehr zum Beschäftigungsaufbau beigetragen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten war in den ersten neun Monaten um 30 Tausend rückläufig. Während die Zahl der Zusatzjobs stabil blieb, nahm auch die Förderung der Selbständigkeit bis November um 40 Tausend ab. Maßgeblich hierfür war, dass die Zunahme der Zahl der Empfänger des Gründungszuschusses, der Mitte 2006 die bisherigen Instrumente Ich-AG und Überbrückungsgeld ablöste, durch die Abnahme der bisherigen Förderinstrumente übertroffen wurde.

Die Arbeitslosigkeit sank im Jahresverlauf kräftig. Analog zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit verlangsamte sich der Abbau jedoch seit Frühjahr ein wenig. Saisonbereinigt nahm die Arbeitslosigkeit bis November um 440 Tausend ab. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit blieb damit deutlich hinter dem Beschäftigungsaufbau zurück; nicht zuletzt auch deshalb, da zahlreiche Neueinstellungen aus der Stillen Reserve erfolgt sein dürften. Dabei konnte auch die Gruppe der Arbeitslosen aus dem Rechtskreis SGB II, die vor allem am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen umfasst, am Beschäftigungsaufbau partizipieren.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung prägt Arbeitsmarkt 2007

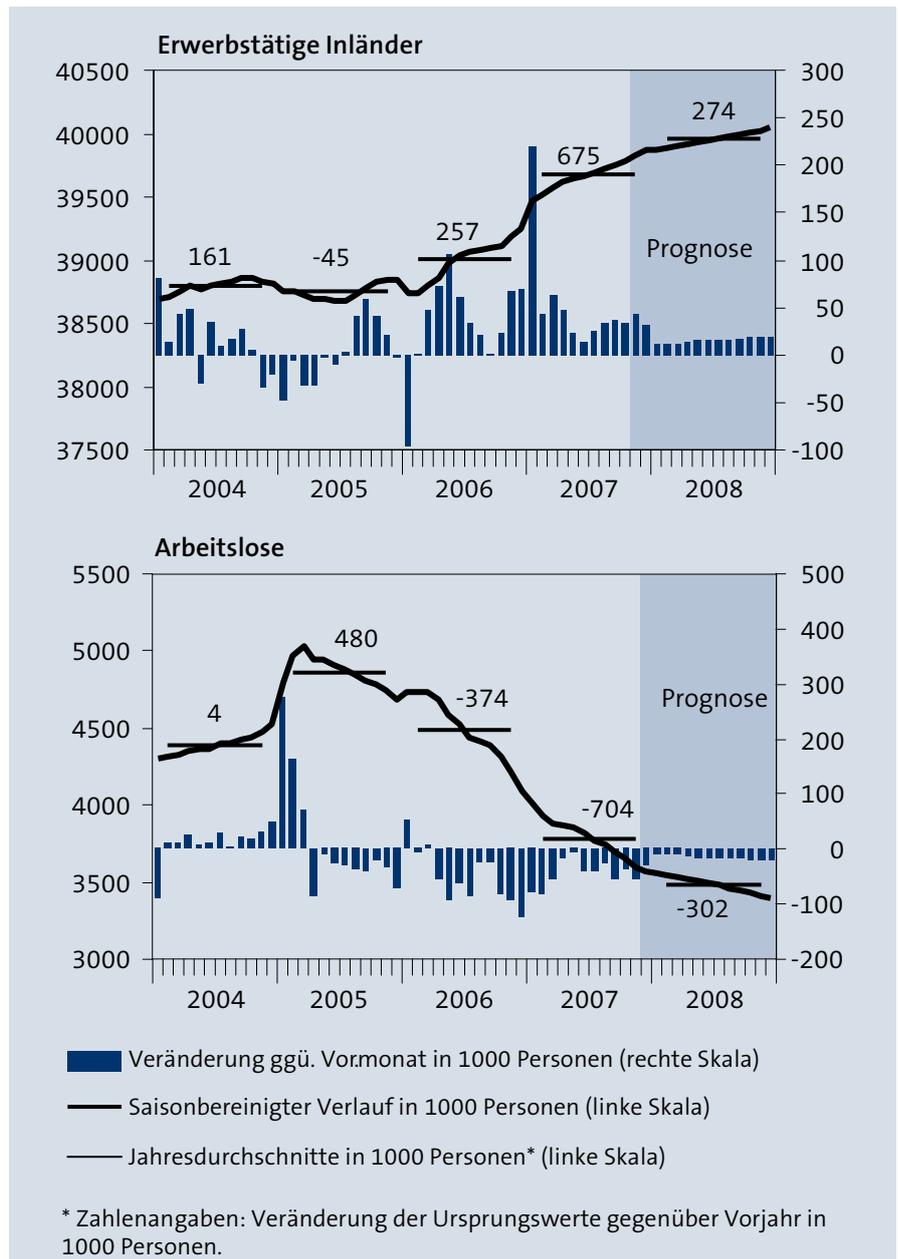


Abbildung 11:
Erwerbstätige und Arbeitslose

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose ab Nov. 2007 bzw. Dez. 2007 HWWI.

2008: Langsamere Gangart am Arbeitsmarkt

Schon aufgrund der sich abzeichnenden Konjunkturertrübung zum Jahresanfang 2008 wird die Beschäftigung langsamer expandieren. Hinzu kommt, dass die Tariflöhne mit rund 2,5 % noch moderat, aber dennoch um etwa einen Prozentpunkt stärker als im laufenden Jahr zunehmen werden und somit zu einer Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus beitragen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die inländische Erwerbstätigkeit das Vorjahresergebnis wegen des sich abzeichnenden statistischen Überhangs zum Jahresende 2007 dennoch um 275 Tausend übertreffen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird dementsprechend moderater als im laufenden Jahr zulegen und die ausschließlich geringfügige Beschäftigung wird nur in geringem Maße ansteigen. Bei den Existenzgründern wird die insgesamt rückläufige Tendenz bei der Zahl der Förderungen fortbestehen. Bei den Zusatzjobs dürften die Beschäftigungspotentiale ausgeschöpft sein, so dass hier keine nennenswerte Ausweitung zu erwarten ist. Parallel zur geringeren Beschäftigungsdynamik wird auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit

keit an Tempo verlieren. Im Jahresverlauf dürfte sie 2008 um 180 Tausend Personen sinken. Im Jahresdurchschnitt entspricht dies infolge des Unterhangs einem Rückgang von rund 300 Tausend.

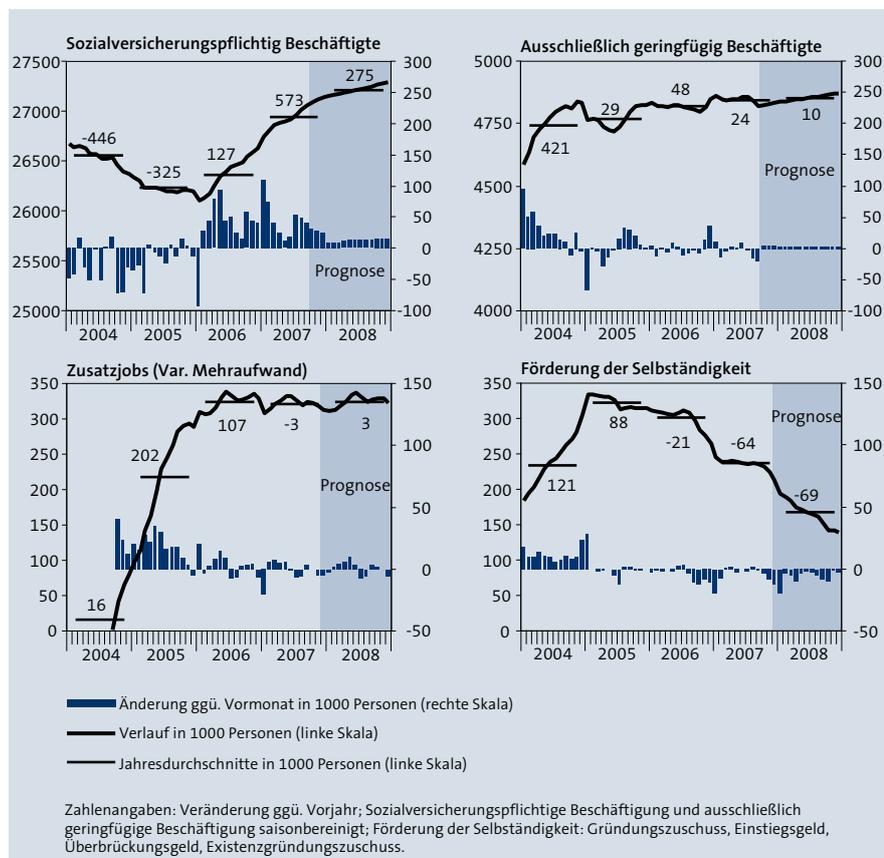


Abbildung 12:
Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen und Prognosen des HWWI.

Im Jahr 2009 wird die Beschäftigung angesichts der bereits zum Jahresende 2008 wieder stärker werdenden Konjunktur zulegen. Jahresdurchschnittlich dürfte die Erwerbstätigkeit 2009 um rund 200 Tausend Personen zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird im gleichen Maße abnehmen.

Deutschland	2005	2006	2007	2008	2009
Erwerbstätige Inländer	38749	39006	39681	39955	40158
Arbeitnehmer	34393	34614	35236	35531	35743
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26237	26364	26937	27212	27380
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4771	4819	4843	4852	4897
Zusatzjobs (Variante Mehraufwand)	217	324	322	325	325
Selbständige	4356	4392	4445	4424	4415
Förderung der Selbständigkeit ¹	322	301	237	168	110
Pendlersaldo	75	83	78	85	85
Erwerbstätige Inland	38823	39089	39758	40040	40243
Arbeitslose	4861	4487	3783	3481	3279
Arbeitslosenquote ²	11,1	10,3	8,7	8,0	7,5

Tabelle 3:
Arbeitsmarktbilanz
(Jahresdurchschnitte in Tausend Personen)

¹ Gründungszuschuss, Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld.

² Arbeitslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer zuzüglich Arbeitsloser).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2007, 2008 und 2009 Prognose des HWWI.

3.5 | Öffentliche Finanzen ausgeglichen

Das Budget der öffentlichen Haushalte wird im Jahr 2007 erstmals seit der Wiedervereinigung – sieht man von den Sondereffekten der UMTS-Versteigerung im Jahr 2000 ab – ausgeglichen sein. Dazu haben neben der Erhöhung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um jeweils drei Prozentpunkte vor allem die aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung stark gestiegenen Einnahmen aus direkten Steuern beigetragen. Die staatlichen Ausgaben erhöhten sich um 1 %. Dabei ist diese geringe Steigerungsrate insbesondere dem Rückgang der monetären Sozialleistungen um 1,8 % zu verdanken. Dieser beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und damit verminderten Zahlungen für Arbeitslosengeld.

Die Haushaltslage hat sich auf allen staatlichen Ebenen verbessert. Dennoch gibt es große Unterschiede im Budget der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. Die Haushalte von Ländern und Gemeinden sind bei großen regionalen Disparitäten im Durchschnitt ausgeglichen. Im Gegensatz dazu hat der Bund weiterhin ein Defizit von etwa 9 Milliarden Euro. Dieses wird durch die Kassenlage der Sozialversicherung ausgeglichen. Die positive Entwicklung bei den Sozialversicherungen ist dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu verdanken. Dadurch sind die Ausgaben gesunken. Die Beitragseinnahmen hingegen stagnieren. Hier wurde der Einnahmeanstieg durch die verbesserte Beschäftigung und durch die Anhebung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung von 19,5 % auf 19,9 % durch die Senkung des Beitragsatzes zu Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,2 % kompensiert.

Im Jahr 2008 wird das Budget weiterhin ausgeglichen sein. Dabei wird sich die Struktur von Einnahmen und Ausgaben verändern. In den letzten Jahren ist vor allem das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern deutlich gestiegen. Da diese auf Nach- und Vorrauszahlungen basieren, sind sie im extremen Maße konjunkturabhängig. Mit dem Überschreiten des konjunkturellen Höhepunkts wird hier das Aufkommenswachstum zurückgehen. Darüber hinaus wird die Unternehmenssteuerreform zu Mindereinnahmen führen. Dennoch werden die Steuereinnahmen weiter steigen, allerdings nur noch geringfügig. Dazu tragen insbesondere die infolge von Nominallohnerhöhungen kräftig steigenden Lohnsteuereinnahmen bei. Die staatlichen Ausgaben werden 2008 etwas stärker steigen als im Vorjahr. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die monetären Sozialleistungen wegen etwas stärkerer Rentenerhöhungen nicht weiter rückläufig sein werden. In der Summe werden sowohl die Staatsquote als auch die Abgabenquote weiter sinken.

	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	1017.23	1065.60	1081.01	1106.88
darunter Steuern	530.47	575.35	585.84	598.86
Sozialbeiträge	401.08	401.19	405.16	417.01
Ausgaben	1054.49	1064.96	1080.28	1093.72
darunter Arbeitnehmerentgelt	167.74	170.28	174.54	178.03
Zinsausgaben	64.86	65.05	67.67	0.00
Subventionen	26.77	26.20	26.08	26.08
Monetäre Sozialleistungen	428.53	421.25	422.15	424.98
Bruttoinvestitionen	32.77	37.25	39.13	40.88
Finanzierungssaldo	-37.26	0.64	0.72	13.16
Defizitquote	-1.60	0.03	0.03	0.51
Staatsquote (Staatsausgaben)	45.41	43.97	43.31	42.44
Steuerquote	22.84	23.75	23.49	23.24
Sozialabgabenquote	17.27	16.56	16.24	16.18

Quellen: Statistisches Bundesamt,
2007 bis 2009 Prognose des HWWI.

Tabelle 4:
Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Solange die konjunkturellen Gefahren, die von den Finanzmärkten infolge der Hypothekenkrise in den USA ausgehen, nicht gebannt sind, sollte die EZB nicht in einen restriktiveren geldpolitischen Kurs einschwenken und den Leitzins vorerst bei 4,0 % belassen. Zwar hat die Inflationsrate zum Jahresende deutlich angezogen, die Gründe hierfür liegen jedoch zu einem erheblichen Teil in Basiseffekten wie der Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland, die immerhin ca. 0,3 Prozentpunkte der Inflation im Euroraum ausmacht. Darüber hinaus stellen die jüngsten Preissteigerungen bei Öl und einigen Nahrungsmitteln ein temporäres, nicht monetäres Phänomen dar und bedürfen keiner geldpolitischen Reaktion. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass durch mögliche Zweitrundeneffekte, insbesondere bei Löhnen, auch die Kernrate steigt. Auch die mittelfristigen Risiken für die Inflation bleiben aufgrund der unverändert hohen Wachstumsraten der Geldmengenaggregate aufwärts gerichtet. Dennoch ist bis auf Weiteres eine abwartende Geldpolitik geboten. Insofern ist davon auszugehen, dass die EZB den Leitzins erst dann anheben wird, wenn sich die von den Finanzmärkten ausgehenden Risiken für die Konjunktur im Euroraum vermindert haben. Dies dürfte frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2008 der Fall sein.

Zur Geldpolitik

Am Arbeitsmarkt haben sich im Verlauf der beiden letzten Jahre bemerkenswerte Verbesserungen ergeben. Diese sind in erster Linie konjunkturell bedingt. Gleichwohl hat auch die Arbeitsmarktpolitik im Zuge der Hartz-Reformen für wichtige Verbesserungen der institutionellen Rahmenbedingungen gesorgt. Insbesondere bei der Vermittlung Älterer haben die Reformen ersten Untersuchungen zufolge Wirkung gezeigt (vgl. Kettner/Rebien 2007), – vor allem da sie die Anreize zur Job-Aufnahme erhöht haben. Dies hat zu einer überproportionalen Absenkung der Arbeitslosigkeit Älterer geführt. Trotz dieser Fortschritte sind sich die Koalitionsparteien darin einig, dass die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld Älterer wieder ausgeweitet werden soll. Als Begründung hierfür wird unter anderem ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko angeführt und diesbezüglich auf den scheinbar hohen Anteil dieser Gruppe an der Arbeitslosigkeit verwiesen. Der Anteil von 26 % der über 50-Jährigen an der Arbeitslosigkeit im November 2007 ist jedoch nicht das Ergebnis geringerer Arbeitsmarktchancen; er spiegelt vielmehr den Umstand wider, dass diese Gruppe in etwa ein Viertel der Erwerbspersonen repräsentiert. Setzt man hingegen die Arbeitslosigkeit einzelner Altersgruppen ins Verhältnis zur Zahl der Erwerbspersonen in der gleichen Altersklasse, stellt sich Altersarbeitslosigkeit keineswegs mehr als ein außerordentliches Problem dar. Es lässt sich ferner zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu sein vielmehr altersübergreifend mit der Qualifikation abnimmt (vgl. Reinberg/Hummel 2007). Die Ausweitung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld für Ältere mindert damit nicht nur die Anreize zur zügigen Jobaufnahme und konterkariert die bisherigen Erfolge, sondern operiert auch an der eigentlichen Ursache der Arbeitslosigkeit vorbei. Die durch die Ausweitung der Bezugszeiten entstehenden Mehrkosten könnten effektiver zur Verbesserung der Aus- und Fortbildung verwendet werden.

Zur Arbeitsmarktpolitik

Derzeit ist die Lohnpolitik wieder stärker in den Mittelpunkt politischer Debatten gerückt und zum Spielball wahltaktischer Überlegungen geworden. So stellen die Koalitionsparteien öffentlich Planungen an, über Mindest- und Investivlöhne in die Lohnverhandlungsprozesse einzugreifen. Insbesondere sollte von einer Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen abgesehen werden. Die jüngst seitens der großen Koalition beschlossene Einführung eines Mindestlohns im Postbereich zum Jahresanfang 2008 ist nicht nur unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten mehr als fragwürdig, sondern mindert – insbesondere wenn auch in anderen Bereichen ähnlich verfahren würde – massiv die Beschäftigungschancen Geringqualifizierter. Der in der politischen Debatte häufig zu vernehmende Verweis, zwanzig Länder der EU verfügten ebenfalls über Mindestlohnregelungen, ist dabei in keiner Weise ein Beleg für das Gegenteil. Aktuelle wissenschaftliche Vergleichsstudien (vgl. Neumark/Wacher 2006) legen vielmehr die Schlussfolgerung nahe, dass eine Ausweitung des Entsendegesetzes – zusätzlich zur ohnehin schwächer werdenden Konjunktur – die zuletzt zu beobachtende leichte Zunahme der Beschäftigung Geringqualifizierter zu ersticken drohte.

Daneben plant die große Koalition derzeit, über die Einführung von Investivlöhnen mehr Arbeitnehmer am Produktionskapital zu beteiligen. Angesichts der demographischen Entwicklung und steigender Arbeitsmarktrisiken für einzelne Berufsgruppen spricht nichts gegen eine Förderung der Kapitalbildung in der Arbeitnehmerschaft. Problematisch ist es allerdings, wenn über einen Investivlohn Lohnerhöhungen – hier in Form von Erfolgsbeteiligungen – zweckgebunden in Form von Ersparnis erfolgen und gleichzeitig über eine Beteiligung am Arbeitgeberbetrieb oder an regionalen Fonds auch die Anlageneentscheidung oktroyiert wird. Statt den Arbeitnehmern eine doppelte Ineffizienz aufzuzwingen, sollte stattdessen eine zweckfreie Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer erwogen werden, die neben den gewünschten Leistungsanreizen vor allem eine risikodiversifizierte Kapitalanlage ermöglicht (vgl. Otto 2006, Kohns 2007).

Zur Finanzpolitik

In diesem Jahr wird das gesamtstaatliche Budget ausgeglichen und auch in den beiden nächsten Jahren wird es keine Defizite, eventuell sogar leichte Überschüsse geben. Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen wird die Frage diskutiert, ob Potenzial für Steuer- und Abgabesenkungen besteht. Diese Diskussion erscheint uns verfrüht: Zum einen handelt es sich bisher nur um prognostizierte und nicht um tatsächliche Überschüsse. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Konjunkturaufschwung in die Zukunft trägt. Zum anderen sollten bei günstiger Konjunktur Überschüsse – im Sinne eines automatischen Stabilisators – zugelassen werden. Sie bilden dann auch eine Rechtfertigung für Defizite bei schlechterer Konjunktur.

Mit der Unternehmenssteuerreform 2008 werden die Steuersätze für Kapitalgesellschaften von rund 40 % auf knapp unter 30 % abgesenkt. Zur Finanzierung wird eine Reihe von Ausnahmetatbeständen gestrichen, so dass der Nettoentlastungseffekt im kommenden Jahr 5 Milliarden Euro betragen wird. Darüber hinaus werden jedoch Sonderregelungen eingeführt, die das Steuerrecht verkomplizieren und gegen die Steuersystematik verstoßen. Wünschenswert wäre es, diese Sonderregelungen abzuschaffen und die Differenz durch Reduktion von Subventionen zu finanzieren. Da dies kurzfristig politisch kaum durchsetzbar erscheint, sollte eine langfristige und schrittweise Reduktion dieser Sonderregelungen erfolgen.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006 1)	2007 2)	2008 2)	2009 2)	2007 2)		2008 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber Vorjahr								
Erwerbstätige (Inland)	0.6	1.7	0.7	0.5	1.8	1.6	0.9	0.6
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0.5	0.3	-0.8	0.2	0.6	0.0	-0.7	-0.9
Arbeitsstage	-0.7	-0.3	0.9	0.0	-0.4	-0.1	0.8	1.0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0.4	1.8	0.8	0.7	2.0	1.5	0.9	0.7
Produktivität 3)	2.4	0.7	0.9	1.3	0.8	0.6	0.9	0.9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2.9	2.5	1.7	2.0	2.9	2.1	1.8	1.6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd.Euro								
Konsumausgaben	1783.4	1818.9	1879.0	1929.6	880.6	938.3	912.4	966.6
Private Haushalte einschl. OoE	1357.5	1381.0	1429.0	1467.1	669.7	711.4	696.4	732.6
Staat	425.9	437.8	450.0	462.5	210.9	226.9	216.0	234.0
Anlageinvestitionen	417.1	451.1	464.7	483.9	214.3	236.8	221.3	243.4
Ausrüstungen	173.7	187.3	193.5	206.0	88.8	98.5	91.9	101.6
Bauten	217.2	236.9	243.7	248.8	112.7	124.2	116.3	127.4
Sonstige Anlagen	26.3	26.9	27.5	29.0	12.8	14.1	13.2	14.3
Vorratsveränderungen	-4.7	-7.0	-5.4	0.8	5.6	-12.7	1.8	-7.2
Inlandsnachfrage	2195.8	2262.9	2338.3	2414.2	1100.5	1162.5	1135.6	1202.8
Außenbeitrag	126.4	159.1	155.7	162.8	83.9	75.2	83.9	71.8
Ausfuhr	1046.5	1135.0	1194.1	1275.3	554.0	581.0	586.0	608.1
Einfuhr	920.1	975.9	1038.4	1112.5	470.1	505.8	502.1	536.3
Bruttoinlandsprodukt	2322.2	2422.1	2494.1	2577.0	1184.4	1237.7	1219.5	1274.6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr								
Konsumausgaben	2.0	2.0	3.3	2.7	1.7	2.3	3.6	3.0
Private Haushalte einschl. OoE	2.3	1.7	3.5	2.7	1.3	2.1	4.0	3.0
Staat	1.0	2.8	2.8	2.8	2.8	2.9	2.4	3.1
Anlageinvestitionen	6.7	8.1	3.0	4.1	10.8	5.9	3.3	2.8
Ausrüstungen	7.1	7.8	3.3	6.5	8.1	7.5	3.5	3.2
Bauten	6.8	9.1	2.9	2.1	14.1	4.9	3.2	2.6
Sonstige Anlagen	3.7	2.5	2.0	5.7	1.9	3.1	2.8	1.3
Inlandsnachfrage	3.0	3.1	3.3	3.2	2.9	3.2	3.2	3.5
Ausfuhr	14.0	8.5	5.2	6.8	10.2	6.8	5.8	4.7
Einfuhr	14.3	6.1	6.4	7.1	6.3	5.9	6.8	6.0
Bruttoinlandsprodukt	3.5	4.3	3.0	3.3	4.8	3.8	3.0	3.0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt								
a) Mrd.Euro								
Konsumausgaben	1642.8	1648.1	1672.0	1694.2	805.2	842.9	817.3	854.7
Private Haushalte einschl. OoE	1242.1	1239.2	1256.7	1271.6	604.3	635.0	614.0	642.7
Staat	400.7	409.0	415.6	422.9	201.0	208.0	203.5	212.1
Anlageinvestitionen	427.2	450.3	461.7	477.1	213.6	236.7	219.8	241.8
Ausrüstungen	191.2	207.3	215.1	227.3	97.9	109.4	101.9	113.2
Bauten	207.8	213.4	215.6	217.0	102.1	111.3	103.3	112.3
Sonstige Anlagen	30.1	31.8	33.3	35.2	14.8	17.0	15.9	17.4
Inlandsnachfrage	2054.4	2082.4	2119.2	2158.4	1021.2	1061.2	1037.1	1082.0
Ausfuhr	1038.4	1120.9	1172.2	1239.4	547.6	573.3	577.2	594.9
Einfuhr	911.0	965.9	1016.5	1077.8	466.4	499.5	492.1	524.3
Bruttoinlandsprodukt	2183.0	2236.9	2274.5	2319.2	1101.9	1135.0	1121.4	1153.1
nachrichtlich:								
Bruttonationaleinkommen								
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr								
Konsumausgaben	0.9	0.3	1.5	1.3	0.3	0.3	1.5	1.4
Private Haushalte einschl. OoE	1.0	-0.2	1.4	1.2	-0.3	-0.2	1.6	1.2
Staat	0.9	2.1	1.6	1.8	2.3	1.9	1.2	2.0
Anlageinvestitionen	6.1	5.4	2.5	3.4	7.5	3.6	2.9	2.2
Ausrüstungen	8.3	8.4	3.8	5.6	9.0	8.0	4.1	3.4
Bauten	4.3	2.7	1.0	0.7	6.7	-0.7	1.2	0.9
Sonstige Anlagen	6.7	5.7	4.5	5.9	4.6	6.8	6.8	2.5
Inlandsnachfrage	1.9	1.3	1.6	1.8	1.3	1.4	1.6	2.0
Ausfuhr	12.5	7.9	4.6	5.7	9.6	6.4	5.4	3.8
Einfuhr	11.2	6.0	5.2	6.0	6.6	5.5	5.5	5.0
Bruttoinlandsprodukt	2.9	2.5	1.7	2.0	2.9	2.1	1.8	1.6
nachrichtlich:								
Bruttonationaleinkommen								

Tabelle 5:

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009)

	2006 1)	2007 2)	2008 2)	2009 2)	2007 2)		2008 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben Priv. Haushalte einschl. OoE	1.4	2.0	2.0	1.5	1.6	2.3	2.4	1.7
Konsumausgaben Staat	0.2	0.7	1.2	1.0	0.5	0.9	1.2	1.1
Anlageinvestitionen	0.6	2.6	0.5	0.7	3.0	2.2	0.4	0.6
Ausrüstungen	-1.1	-0.6	-0.4	0.8	-0.8	-0.4	-0.6	-0.2
Bauten	2.4	6.2	1.9	1.4	6.9	5.7	2.0	1.7
Sonstige Anlagen	-2.8	-3.0	-2.4	-0.2	-2.5	-3.5	-3.8	-1.1
Ausfuhr	1.3	0.5	0.6	1.0	0.5	0.4	0.3	0.9
Einfuhr	2.8	0.0	1.1	1.0	-0.3	0.3	1.2	1.0
Bruttoinlandsprodukt	0.6	1.8	1.4	1.3	1.9	1.8	1.5	1.4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1708.4	1767.7	1831.5	1895.3	863.7	904.0	897.9	933.7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223.4	226.2	231.2	239.0	108.8	117.4	111.5	119.7
Bruttolöhne und -gehälter	926.0	958.0	991.9	1023.3	453.6	504.4	471.6	520.3
Übrige Primäreinkommen	559.0	583.5	608.5	632.9	301.2	282.3	314.8	293.7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296.5	330.4	331.8	343.2	150.7	179.6	150.6	181.2
Nettonationaleinkommen	2004.9	2098.0	2163.3	2238.5	1014.4	1083.6	1048.4	1114.9
Abschreibungen	339.5	345.3	352.0	360.1	172.8	172.5	176.0	176.0
Bruttonationaleinkommen	2344.4	2443.3	2515.4	2598.6	1187.2	1256.1	1224.4	1290.9
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1751.2	1824.1	1890.4	1960.5	874.4	949.7	910.4	980.0
Arbeitnehmerentgelt	1149.4	1184.2	1223.1	1262.3	562.5	621.8	583.1	640.0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601.9	639.9	667.4	698.2	312.0	328.0	327.3	340.0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3.3	3.5	3.6	3.5	3.6	3.3	4.0	3.3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2.5	1.3	2.2	3.4	1.1	1.4	2.4	2.0
Bruttolöhne und -gehälter	1.5	3.5	3.5	3.2	3.6	3.3	4.0	3.2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	0.9	1.3	2.8	2.2	1.2	1.3	3.0	2.6
Übrige Primäreinkommen	6.6	4.4	4.3	4.0	4.6	4.2	4.5	4.1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7.8	11.4	0.4	3.4	13.6	9.6	-0.1	0.9
Nettonationaleinkommen	3.9	4.6	3.1	3.5	5.0	4.3	3.4	2.9
Abschreibungen	1.2	1.7	2.0	2.3	1.8	1.7	1.9	2.0
Bruttonationaleinkommen	3.5	4.2	2.9	3.3	4.5	4.0	3.1	2.8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3.6	4.2	3.6	3.7	3.9	4.4	4.1	3.2
Arbeitnehmerentgelt	1.7	3.0	3.3	3.2	3.1	3.0	3.7	2.9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7.2	6.3	4.3	4.6	5.4	7.2	4.9	3.7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd.Euro

Masseneinkommen	984.6	998.9	1022.4	1041.6	480.6	518.3	493.3	529.2
Nettolöhne und -gehälter	605.4	624.3	646.0	662.4	292.9	331.4	304.5	341.4
Monetäre Sozialleistungen	458.8	450.7	451.7	454.7	226.3	224.4	226.4	225.3
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	79.7	76.1	75.2	75.4	38.6	37.5	37.6	37.6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	559.0	583.5	608.5	632.9	301.2	282.3	314.8	293.7
Sonstige Transfers (Saldo)	-49.9	-58.3	-57.0	-57.0	-28.8	-29.5	-28.0	-29.0
Verfügbares Einkommen	1493.7	1524.2	1573.9	1617.6	753.1	771.1	780.0	793.9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22.2	24.6	25.9	27.2	11.8	12.9	12.4	13.5
Konsumausgaben	1357.5	1381.0	1429.0	1467.1	669.7	711.4	696.4	732.6
Sparen	158.4	167.8	170.7	177.6	95.2	72.6	96.0	74.8
Sparquote	10.5	10.8	10.7	10.8	12.5	9.3	12.1	9.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	0.3	1.5	2.3	1.9	1.1	1.8	2.6	2.1
Nettolöhne und -gehälter	0.4	3.1	3.5	2.5	3.1	3.1	4.0	3.0
Monetäre Sozialleistungen	-0.2	-1.8	0.2	0.7	-2.5	-1.0	0.0	0.4
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-1.5	-4.5	-1.1	0.3	-5.4	-3.5	-2.5	0.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	6.6	4.4	4.3	4.0	4.6	4.2	4.5	4.1
Verfügbares Einkommen	1.9	2.0	3.3	2.8	1.8	2.3	3.6	3.0
Konsumausgaben	2.3	1.7	3.5	2.7	1.3	2.1	4.0	3.0
Sparen	1.5	5.9	1.8	4.0	6.1	5.6	0.8	3.0

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006 1)	2007 2)	2008 2)	2009 2)	2007 2)		2008 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 4)								
a) Mrd.Euro								
Einnahmen								
Steuern	530.5	575.4	585.8	598.9	285.8	289.6	291.9	294.0
Sozialbeiträge	401.1	401.2	405.2	417.0	194.4	206.8	195.7	209.5
Vermögenseinkommen	17.4	18.8	18.4	17.7	10.7	8.1	10.5	7.9
Sonst. lfd. Übertragungen	14.3	14.4	15.0	15.8	6.7	7.7	7.0	8.0
Vermögenstransfers	9.2	9.9	9.9	9.8	5.1	4.8	5.1	4.8
Verkäufe	44.4	45.5	46.4	47.4	21.9	23.6	22.3	24.1
Sonst. Subventionen	0.4	0.4	0.4	0.4	0.2	0.3	0.2	0.3
Einnahmen insgesamt	1017.2	1065.6	1081.0	1106.9	524.7	540.9	532.6	548.4
Ausgaben								
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	97.8	101.9	104.8	106.9	46.6	55.3	48.4	56.4
Arbeitnehmerentgelt	167.7	170.3	174.5	178.0	81.3	88.9	83.4	91.2
Sonst. Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	64.9	67.0	69.4	71.8	33.4	33.7	34.6	34.8
Subventionen	26.8	26.2	26.1	26.1	12.2	14.0	12.1	14.0
Monetäre Sozialleistungen	428.5	421.3	422.1	425.0	211.8	209.4	211.9	210.3
Soziale Sachleistungen	171.5	176.6	178.4	180.1	87.7	88.9	88.6	89.8
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	35.2	36.1	37.5	36.6	18.0	18.1	19.2	18.3
Vermögenstransfers	30.8	29.6	29.6	29.6	15.7	13.9	15.7	13.9
Bruttoinvestitionen	32.8	37.2	39.1	40.9	16.0	21.2	16.4	22.7
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-1.4	-1.3	-1.4	-1.4	-0.6	-0.8	-0.6	-0.8
Ausgaben insgesamt	1054.5	1065.0	1080.3	1093.7	522.3	542.7	529.7	550.6
Finanzierungssaldo	-37.3	0.6	0.7	13.2	2.4	-1.8	2.9	-2.2

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	7.6	8.5	1.8	2.2	10.6	6.4	2.1	1.5
Sozialbeiträge	1.1	0.0	1.0	2.9	-0.2	0.3	0.7	1.3
Vermögenseinkommen	23.0	8.2	-2.4	-3.5	7.4	9.3	-2.0	-3.1
Sonst. lfd. Übertragungen	-21.4	0.8	4.0	5.5	-1.9	3.2	4.2	3.9
Vermögenstransfers	-7.1	7.6	-0.6	-1.0	8.3	6.9	-0.2	-1.0
Verkäufe	0.0	2.6	2.0	2.0	3.3	2.0	2.0	2.0
Sonst. Subventionen								
Einnahmen insgesamt	4.1	4.8	1.4	2.4	5.8	3.8	1.5	1.4
Ausgaben								
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	0.9	4.2	2.8	2.0	3.9	4.5	3.8	2.0
Arbeitnehmerentgelt	-0.4	1.5	2.5	2.0	1.5	1.5	2.5	2.5
Sonst. Produktionsabgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	3.7	3.3	3.5	3.4	4.1	2.6	3.6	3.5
Subventionen	-1.7	-2.1	-0.5	0.0	-4.4	0.0	-1.0	0.0
Monetäre Sozialleistungen	-0.5	-1.7	0.2	0.7	-2.4	-1.0	0.0	0.4
Soziale Sachleistungen	2.3	3.0	1.0	1.0	3.4	2.5	1.0	1.0
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	-0.5	2.6	3.9	-2.4	0.6	4.7	6.7	1.1
Vermögenstransfers	-11.5	-3.6	0.0	0.0	-6.6	0.0	0.0	0.0
Bruttoinvestitionen	6.9	13.7	5.1	4.5	19.3	9.7	2.4	7.0
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter								
Ausgaben insgesamt	0.2	1.0	1.4	1.2	0.6	1.4	1.4	1.5
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-1.6	0.0	0.0	0.5	0.2	-0.2	0.2	-0.2

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie eigene Berechnungen. - 2) Prognose. - 3) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - 4) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2007 bis 2009 Prognose des HWWI.

6 | Literatur

Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jg.) Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht, Nürnberg.

Bundesministerium für Finanzen (lfd. Jg.) Monatsbericht des BMF, Berlin.

Deutsche Bundesbank (lfd. Jg.) Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Frankfurt am Main.

Europäische Zentralbank (2007) Monatsbericht November, Frankfurt am Main.

IMF (lfd. Jg.) World Economic Outlook, Washington.

Kettner, A., Rebien, M. (2007) Hartz IV-Reform – Impulse für den Arbeitsmarkt, IAB Kurzbericht Nr. 19/2007, Nürnberg.

Kohns, S. (2007) Überflüssiger Fonds, Wirtschaftsdienst, Juli 2007, S. 420, Hamburg.

Neumark, D., Wacher, W. (2006) Minimum Wages and Employment. A Review of Evidence from the New Minimum Wage Research, NBER Working Paper 12663, Cambridge (MA).

OECD (lfd. Jg.) Main Economic Indicators, Paris.

Otto, A. H. (2006) Gewinnbeteiligung statt Investivlohn, Wirtschaftsdienst, Dezember 2006, S. 752, Hamburg.

Reinberg, A., Hummel, M. (2007) Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos, IAB Kurzbericht Nr. 18/2007, Nürnberg.

Sachverständigenrat (2007) Das Erreichte nicht verspielen – Jahresgutachten 2007/08, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jg.) Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jg.) Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse, Wiesbaden.

In der Reihe „HWWI Policy Reports“ sind folgende Publikationen erschienen:

5. Biokraftstoffe und Nachhaltigkeit – Ziele, Probleme, Instrumente, Lösungen

Michael Bräuninger, Leon Leschus, Henning Vöpel

4. Konjunktur 2007

Michael Bräuninger et al.

3. The Costs and Benefits of European Immigration

Rainer Münz, Thomas Straubhaar, Florian Vadean, Nadia Vadean

2. Wirtschaftsfaktor Fußball

Henning Vöpel

1. Biokraftstoffe – Option für die Zukunft? Ziele Konzepte, Erfahrungen

Michael Bräuninger, Leon Leschus, Henning Vöpel

Mehr Informationen unter: www.hwwi.org (Publikationen).

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die zukunftsrelevante wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Themen erkennt und analysiert.

Das HWWI nutzt Grundlagen- und angewandte Forschung, um wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Beratungsdienstleistungen zu erbringen. Darüber hinaus engagiert sich das Institut in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre sowie in der weiterführenden Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das HWWI besteht aus vier Kompetenzbereichen:

- Wirtschaftliche Trends,
- Hamburg und regionale Entwicklungen,
- Weltwirtschaft und
- Migration Research Group.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das Institut mit einer Zweigniederlassung in Thüringen präsent.

Das HWWI ist eine gemeinnützige GmbH. Gesellschafter des Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org